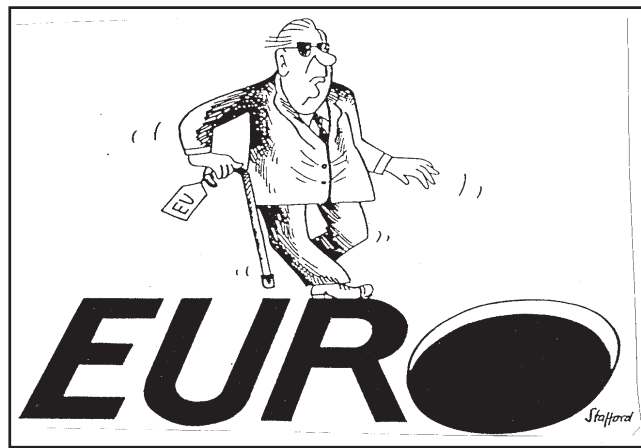


Diese Euro-Studie wurde erstellt von

Dr. Jens Ehrhardt

FINANZWOCHE GmbH

Pullach, Februar 1997



Abenteuer Euro - unnötig und extrem risikoreich

Die Mehrzahl der Politiker in Bonn will fast exakt **50 Jahre nach der Einführung der DM** am 20.06.1948 im Frühjahr 1998 die DM - gegen den Willen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung und ohne ersichtliche Notwendigkeit - auf **undemokratische Weise ohne Volksabstimmung abschaffen**.

Die Währung eines Landes ist das **wichtigste Werterhaltungsmittel** und ganz entscheidend für den **Wohlstand eines Volkes**. Dank einer konsequenten Stabilitätspolitik der **Deutschen Bundesbank** war die **DM die stabilste Währung der Welt** und hat eine notwendige Voraussetzung für den Nachkriegs-Wirtschaftsaufschwung und die heutige Vermögensposition der Deutschen geschaffen. Wie wichtig eine stabile Währung ist, haben die Deutschen in diesem Jahrhundert zweimal erfahren müssen. Einmal bei der **Währungsreform 1948** und einmal bei der **galoppierenden Inflation der 20er Jahre**. Damals war den Deutschen so sehr bewußt geworden, wie wichtig eine stabile Währung ist, daß in der Weltwirtschaftskrise 1929/32 niemand - nicht einmal die Gewerkschaften, die sich mit am fanatischsten wehrten - bereit war, dem Rat des britischen Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes zu folgen, der **Schuldenmachen** als Rezept gegen den damals extremsten Wirtschaftsabschwung dieses Jahrhunderts empfohlen hatte. Die **erfolgreiche Bundesbankpolitik** mit ihrem in den letzten 50 Jahren entwickelten Steuerungsinstrument für Konjunkturwachstum und Währungsstabilität hat dazu geführt, daß die **durchschnittliche Inflationsrate in Deutschland zwischen 1950 und 1995** bei nur **ca. 3% lag**. Das ist deutlich weniger als **in allen anderen Ländern** der Welt. Selbst die stabile **Schweiz** mit 3,3% und **Japan** mit 4,8% oder **USA** mit 4,2% hatten eine höhere durchschnittliche Teuerungsrate. Man kann sich vorstellen, welche Vermögensvernichtung **Geldbesitzer** (dazu gehört die breite Masse der Bevölkerung, vor allen Dingen die Rentner) hinnehmen hätten müssen, wenn die Stabilität geringer gewesen wäre. **In Italien und Spanien ist die Währung in diesem fast 50-Jahres-Zeitraum in ihrem Wert um über 95% gesunken**, nur weil die Teuerungsrate mit 7,4% in Italien und 8,5% in Spanien deutlich höher war. Lediglich wer als Spekulant in diesen Ländern kräftig Schulden machte (in einer Währung, die sich ständig entwertete) und Sachwerte kaufte, konnte an der Inflation verdienen. In diesen Ländern hatten sich Privatleute und der Staat so sehr daran gewöhnt, daß alle Güter im nächsten Jahr wesentlich teurer sein würden, daß es sinnvoll war, sich extrem zu verschulden. **Italien** ist heute mit **rund 130% des Bruttoinlandsprodukts verschuldet** - neben Belgien (133%) weltweit die höchste Verschuldung überhaupt.

Um die **stabile DM** nicht bei einer europäischen Einheitswährung Euro mit **Schwachwährungen zu mischen**, hat man die sogenannten **Konvergenzkriterien** eingeführt. Im Grunde hat man die meisten dieser Konvergenzkriterien inzwischen bereits zu den Akten gelegt **und sieht nur noch auf die jährliche Neuverschuldung** in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, wo die **Obergrenze bei 3%** festgelegt ist. Die **Altverschuldungsgrenze soll bei 60%** liegen. Da sogar **stabile Länder**, wie **Holland**, mit **gut 78%** diese Grenze **weit überschreiten** und **Italien** in den nächsten Jahrzehnten nie eine Chance hätte, der Europäischen Währungsunion mit **130% Altverschuldung beizutreten**, hat man dieses wichtige Konvergenzkriterium bereits **praktisch gestrichen**. Man mutet also den Deutschen zu, die **eigene Wäh-**

rung mit Ländern zu mischen, die eine Altverschuldung haben, die beim mehr als **Doppelten der eigenen Verschuldung** liegt. Der Bundeskanzler **behauptet** ganz einfach, der **Euro würde genauso stabil sein wie die DM**, obwohl **kein ernstzunehmender** Wirtschaftswissenschaftler diese These unterschreibt. Jedermann, der auch nur das geringste von Volkswirtschaft versteht, weiß, daß der **Euro nicht so stabil werden kann wie die DM**. Man kriert keine stabile Währung, indem man in nur **einem Jahr** die Neuverschuldung auf 3% oder weniger begrenzt. Das **Vertrauen in eine Währung ergibt sich über viele Jahrzehnte**. Eine ganz **vorsichtige Steuerpolitik** der Zentralbank führt über Jahrzehnte zu guten volkswirtschaftlichen Kennzahlen und Vertrauen in der ganzen Welt. Radikalmaßnahmen (Kohl: „Der Euro **muß** kommen“) zerstören 50 Jahre Aufbauarbeit. Die **Deutsche Mark hat dieses Vertrauen mit den höchsten Weltwährungsreserven ausländischer Notenbanken in DM nach dem amerikanischen Dollar**. Wenn man für **kurze Zeit** die Neuverschuldung herunterfährt, wie in Südeuropa - und dabei noch von Belgien über Frankreich bis Italien **Bilanzfälschungen verwendet** (vornehm ausgedrückt „**kreative Buchhaltung**“, weniger vornehm auf englisch ausgedrückt **Euro-fudge**“), - dann führt dies in keinem Falle zu einer Gemeinschaftswährung, in die die Welt Vertrauen setzt und die Stabilität bringt. Frankreich läßt z.B. **einen zweistelligen Milliardenbetrag in Höhe von 0,5% des Bruttoinlandsprodukts** von einem privatwirtschaftlichen Unternehmen an den Staat überweisen (was die Neuverschuldung Frankreichs im für Maastricht entscheidenden Jahr 1997 um 0,5% senkt). **Im Gegenzug** übernimmt der französische Staat die **Pensionsverpflichtungen** des Unternehmens - ein Betrag, der beim Vielfachen der überwiesenen Summe liegt und die französische Staatsverschuldung **längerfristig** sogar beträchtlich erhöht. **Frankreich** nimmt für sich also allein in diesem Einzelfall eine bessere Bilanz in Anspruch, während durch den entsprechenden Schritt **die Bilanzqualität für die Zukunft sogar ganz wesentlich verschlechtert** wird. Man könnte einen entsprechenden Vorgang auch ganz simpel als **Betrugsversuch** kennzeichnen.

Andere Länder **verkaufen ihre Gold- und Ölreserven**, um durch diesen Schritt die **Verschuldung zu vermindern**. Ebenfalls eine optische Täuschung. Denn das Gold auf der Aktivseite der Bilanz dieser Länder ist **auf die Dauer** wahrscheinlich ein **soliderer Posten** als der Geldwert, der jetzt durch den Verkauf erlöst wird. Ein solcher sogenannter „**Aktivtausch**“ in einer Bilanz führt also **nicht wirklich** zu einer **geringeren Verschuldung** oder zu einem solideren volkswirtschaftlichen Verhalten eines Landes. Andere Staaten verfallen auf den Trick „**sell and lease back**“ zur Bilanzschönung. Hier werden Vermögensgegenstände verkauft und dann zurückgemietet. Ein Finanztrick, den sonst nur **finanzschwache** Unternehmen vornehmen müssen. **Italien** macht die ganze Sache noch viel offensichtlicher. Man führt jetzt eine **einjährige „Euro-Steuer“** ein, um durch höhere Steuereinnahmen den **Eindruck einer geringeren Neuverschuldung Italiens** im Jahre 1997 erscheinen zu lassen. Um die Bevölkerung nicht allzu sehr zu verärgern, **wird gleichzeitig angekündigt**, daß der Gegenwert dieser „Steuer“ in den Jahren nach der **Währungsunion wieder zurückgezahlt** wird, der Steuerzahler also keinen Nachteil haben werde. Es handelt sich eigentlich also nicht um eine Steuer, sondern in Wirklichkeit um eine Art „**Anleihe**“. 1997 werden die europäischen Staaten also von **Bilanzbetrügereien bis zu Goldverkäufen oder Verkäufen von Staatsunternehmen** über die Börse (auch das verbessert die Bilanz der entsprechenden Staaten in keiner Weise) den Eindruck erwecken, man hätte weniger Altschulden oder würde sich weniger neu verschulden.

Das Ganze wird nicht nur im Hinblick auf die gemeinsame europäische Währung begründet, sondern auch im Hinblick auf die notwendige Tatsache, daß nach Jahren **explodierender Altverschuldung** eine **Konsolidierung der Staatsfinanzen notwendig** wäre. Tatsächlich ist aber davon auszugehen, daß sich zumindest **Frankreich und ganz Südeuropa sofort nach Beginn der Währungsunion wieder massiv neuverschulden** werden, um die „**Einsparungen**“ der Vorjahre schnell **wieder auszugleichen**. Ein **ausufernder Sozialstaat und Beamtenstaat** in diesen Ländern läßt gar keine andere Wahl. In **Italien** werden z.B. bei **20 Mio. Beschäftigten an 21 Mio. Menschen Altersrenten gezahlt**. Überhaupt ist das **Altersrentenproblem** in den meisten europäischen Staaten so groß geworden (Ausnahme Großbritannien, aber auch USA), daß man hier eine **gemeinsame europäische „Lösung“** sucht. Eine solche

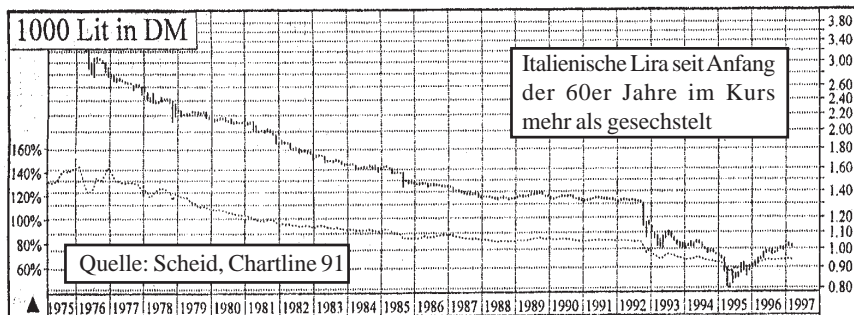
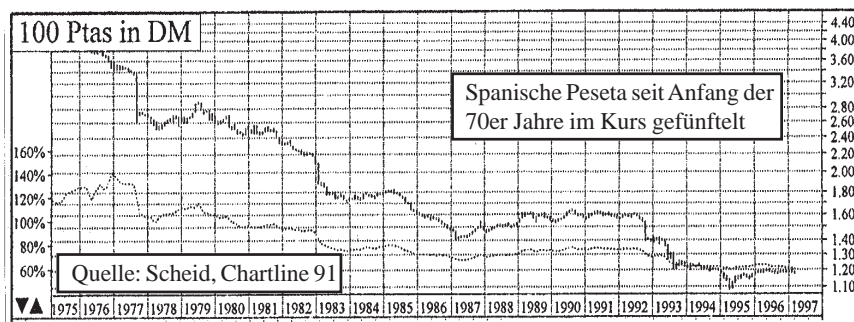
„Lösung“ kann nichts anderes bedeuten, als daß man endlich den Wählern reinen Wein einschenkt. Nachdem Herr Blüm in Deutschland zwei Jahre lang behauptet hatte, die Renten wären sicher und würden in keiner Weise auf irgendeine Art und Weise vermindert, gibt Bonn jetzt das Gegenteil zu:

1. Die **Renten sollen besteuert** werden,
2. die **Bemessungsgrenze für Renten sollen von 70% auf 63% des letzten Gehalts bzw Lohns sinken,**
3. die **Altersgrenzen** (Rentenbeginn) sollen massiv **angehoben** werden,
4. die **Beitragsätze** wurden **über 20%** angehoben.

Die **Probleme in den südeuropäischen Ländern sind noch wesentlich größer.** Es ist also denkbar, daß die deutschen Renten sogar **europaeinheitlich** noch **weiter vermindert** werden, als sie ohnehin vermindert werden müssen. Man stelle sich einmal vor: **Die Rentenversprechen betragen heute 10.500 Mrd. DM. Das ist das Dreifache des deutschen Bruttosozialprodukts. Die Staatsverschuldung liegt also in Deutschland eigentlich nicht bei 60% (Maastricht-Obergrenze), sondern um 300 Prozentpunkte höher** per 2020 (da die Rentenzahlungen erst in der Zukunft anfallen, fällt die **heutige** Staatsverschuldung abgezinst niedriger aus mit ca. 100% von BSP **zusätzlich** zu 60% Altlasten, weil die entsprechenden zukünftigen Beträge abgezinst werden müssen). Trotzdem liegt die wahre Verschuldung **heute bereits** weit höher (ca. 160% vom BSP), als in den Statistiken (ca. 60%) zu sehen ist. Sie liegt auf einem solch hohen Niveau, daß sie von den **einzelnen** Ländern (Italien, Frankreich) kaum noch bewältigt werden kann. **Jede Inangriffnahme dieser Probleme würde sofort zur Abwahl der entsprechenden Politiker** führen, weil die Einschnitte zu groß wären. Man versucht, über den **Umweg Europa** irgendwelche **Europa-Kommissare vorzuschieben**, die entsprechende Entscheidungen treffen, die dann von den nationalen Politikern (die wiedergewählt werden wollen) ja „nicht beeinflusst werden können“. **Solche nicht vom Volk gewählten - sondern von Regierungen bestimmte - Europa-Kommissare** können dann schalten und walten, wie sie wollen, bzw. **europa-einheitlich die „Sozialunion“ durchführen, die der Währungsunion folgen soll.** Von einer **politischen Union** ist ohnehin heute **nicht mehr die Rede**, obwohl eigentlich bei den Europaidee-Anfängen hauptsächlich an eine **politische Union** gedacht wurde, die nur noch nach ihrem Vollzug durch eine **Währungsunion gekrönt werden sollte.**

Euro - eine politische Idee von vorgestern

Tatsächlich ist **Maastricht** im wesentlichen eine **politische Frage**, die mit **Wirtschaft wenig** zu tun hat. Es gibt keinen einzigen ernstzunehmenden Wirtschaftsexperten, der behauptet, daß die Europäische Währungsunion in irgendeiner Weise **notwendig, sinnvoll oder für Europa von Vorteil** wäre. **Deutschland** hat mit **Frankreich**, den **Benelux-Staaten** und **Österreich** bereits **seit längerer Zeit de facto eine Währungsunion**, weil sich die Währungskurse praktisch nicht mehr ändern. Dieser Erfolg wurde **einzig und allein durch die Stabilitätspolitik der Deutschen Bundesbank** erreicht. Lediglich im Falle Hollands kann man hinzufügen, daß die Holländer inzwischen sehr viel gelernt haben und einen überzeugenden marktwirtschaftlichen Kurs steuern, der ihre eigene Währung gut absichert. Frankreich und andere europäische Länder wurden aber durch die zinsmäßige Stabilitätspolitik der Deutschen Bundesbank **auf einen Stabilitätskurs** (der zu erfreulich niedrigen Inflationsraten in Europa führte) **gezwungen.** Diese **Länder wollten aber eigentlich nicht die deutsche Stabilität**, sondern - in Frankreich gibt dies jeder zu - brauchen „**ein Mindestmaß an Inflation**“. Ein solches Mindestmaß an Inflation will aber **niemand in Deutschland**, und es gibt keinen ernstzunehmenden Volkswirtschaftler, der nachweisen kann, daß eine **Abwertungspolitik**, wie sie Frankreich verlangt, längerfristig volkswirtschaftlichen Wohlstand oder gar dauerhafte **Arbeitsplätze** gebracht hätte.



Es wird deutlich, daß **Deutschland** einerseits keine **Währungsunion mit Ländern** braucht, die **heute ohnehin eine stabile Währung** haben. Gegenüber diesen Ländern gewinnt also auch die **deutsche Industrie** nichts, die Angst vor einer neuen Aufwertung der DM hat und den Euro deshalb zum Teil befürwortet. Es geht also lediglich um die **südeuropäischen Staaten** mit ihren **schwindsüchtigen Währungen** (siehe Charts Seite 4, Lira, Peseta seit 1975!). Es ist klar, daß diese Länder -

besonders Italien - nicht die Konvergenzkriterien erfüllen können. Wenn der Euro aber überhaupt irgendeinen **Sinn für die deutsche Industrie**(und die deutsche Bankenwelt) machen soll, muß man diese Länder von **vornherein mit in den Euro aufnehmen**. Solche Länder könnten **dann gegenüber Deutschland nicht mehr abwerten**, und die **deutsche Industrie hätte den Vorteil, in diese Länder besser exportieren** zu können. Allerdings - wie später in dieser Studie herausgestellt werden soll - um den **Preis wesentlich höherer Nachteile**, die ein Festschreiben solcher Währungen weder aus deutscher, noch aus südeuropäischer Sicht rechtfertigen. **Man kann jedenfalls sagen, daß die Europäische Währungsunion wirtschaftlich nicht den geringsten Sinn macht**. Eigentlich stehen **lediglich politische Motive** hinter der Währungsunion.

Zum Zeitpunkt der deutschen **Wiedervereinigung** hat **Frankreich** deutlich gemacht, daß man sich **nicht mit der deutschen Wiedervereinigung und der Deutschen Mark gleichzeitig abfinden** wird. Nachdem die Interventionsversuche gegen die deutsche Einigung von Präsident Mitterand in Moskau gescheitert waren, ließ sich Mitterand schließlich dazu bewegen, nicht gegen die Wiedervereinigung zu agieren - allerdings damals ausdrücklich unter dem Hinweis darauf, daß Bonn **das „Opfer“ einer Währungsunion** bringen müßte. Die **Währungsunion** ist also nicht ein Produkt zum Wohle aller Beteiligten in Europa, sondern ein **ausdrücklicher politischer Wunsch Frankreichs**, hinter dem das Bestreben steht, die ungeliebte Deutsche Bundesbank loszuwerden. Deutschland hat heute genügend Selbstbewußtsein, um klarzustellen, daß die **deutsche Einheit nicht ein Geschenk Frankreichs** ist, sondern ein Produkt des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen.

Wie sehr Maastricht ein Produkt von vorgestern ist, zeigt die Idee, daß man damals meinte, **daß Deutschland über eine gemeinsame Währung so fest in Europa eingebunden sein müßte**, daß Deutschland nicht wieder **mit Frankreich** oder gar dem Rest der Welt in eine **kriegerische Auseinandersetzung** geraten würde. Diese Theorie geht einseitig davon aus, daß Deutschland in Europa der alleinige Verursacher aller Kriege gewesen sei und verleugnet, daß **Deutschland eine Menge aus dem Zweiten Weltkrieg gelernt** hat, heute **zu den demokratischsten Ländern der Welt** gehört und in **keiner Weise daran denkt**, mit irgend einem Nachbarland in eine **kriegerische Auseinandersetzung zu treten**. Dieses politische Argument entfällt also vollständig. Man kann sich nur wundern, daß französische Politmagazine tatsächlich heute noch schreiben, daß ein **Scheitern von Maastricht der „Bahnhof zum Krieg“** wäre.

Noch schlimmer ist es, wenn Bundeskanzler Kohl am 09. Februar 1997 in Paris sagt: „Die große Mehrheit der Deutschen hat zwar eine Wehmut, wenn sie vom Abgeben der DM spricht, aber sie hat begriffen (was übrigens nachweislich falsch ist!), daß **wichtiger als alles andere Frieden und Freiheit und Gemein-**

samkeit in Europa ist“. Im Umkehrschluß hieß dies, daß die Deutschen nach wie vor ein so aggressives Volk sind, daß sie, wenn sie nicht in den Euro hineingezwungen werden, wie während des Zweiten Weltkriegs Europa in **Krieg, Unfreiheit und Spaltung** stürzen werden. Im Grunde ist dies eine ungeheure Unterstellung gegenüber dem **Demokratieverständnis** der heute in Deutschland lebenden Menschen.

Zum anderen zeigt dies deutlich (wie auch andere Bemerkungen von Kohl), daß die **Zwangsdurchsetzung des Euros** (gegen den Willen der Mehrheit der Deutschen) **ausschließlich eine politische Angelegenheit** ist, die mit Wirtschaft nichts zu tun hat. Wie mehrfach erwähnt, ist der Euro einerseits wirtschaftlich unnötig, da bereits eine de facto-Währungsunion mit den stabilen Ländern besteht, und andererseits gleichzeitig das **größte wirtschaftliche Risiko dieses Jahrhunderts**, da eine **fiskalpolitische Bremsung**



Deutschland ist seinem Image als Lokomotive der EWU erneut gerecht geworden: Um die Realisierung des Euro voranzutreiben, ist die Regierung Kohl auch zu Kompromissen bereit. ILLUSTRATION JOHEISO

(drastische Kürzung der Neuverschuldung) 1997/98 in Europa zu einem Zeitpunkt kommen soll, **wo ohnehin die Arbeitslosenzahlen auf Rekordstand stehen** (in Deutschland de facto 7 Millionen Menschen gegenüber 4,5 Mio. 1933) und das **Risiko** in das Abgleiten einer **Depression à la 1929/32** besteht. Ein weiteres extremes Risiko (dem wirtschaftlich praktisch keine positive Chance gegenübersteht) ist aus politischer Sicht die Gefahr, daß genau das Gegenteil von dem passiert, was Kohl sich für Europa wünscht (Frieden, Freiheit und vor allen Dingen **Gemeinsamkeit**). Europa würde mit gro-

ßer Wahrscheinlichkeit **auseinanderdividiert**, und es gäbe erhebliche aggressive Spannungen zwischen den Völkern Europas, nachdem die Währungsunion durchgesetzt würde. Die Südeuropäer würden die **Schuld an der wirtschaftlichen Depression** in ihren Ländern sowie dem Anstieg der Arbeitslosigkeit der „Lokomotive“ zur Währungsunion (Kohl bzw. **Deutschland**) **in die Schuhe schieben**. Schon heute besteht die Befürchtung in Frankreich und Südeuropa, aber auch Großbritannien, daß eine Währungsunion nur ein **verdeckter Versuch der Deutschen** wäre, sich in Europa eine **Vormachtstellung** zu verschaffen. Dies ist natürlich **Unsinn**, könnte aber über die kommende **Depression** in Südeuropa und die vorübergehenden - **Exportvorteile**, die sich die Deutschen nach Südeuropa bei einer Währungsunion verschaffen, als **Argument gegen Deutschland** verwendet wird.

Der zweite, ursprünglich in den 50er Jahren entwickelte Grund für eine **europäische Politik** (und damit **am Schluß nach der Politunion** auch für eine Währungsunion), war der Wunsch, sich politisch zu einigen, um eine **Gegenkraft zu der Bedrohung durch die UdSSR** aufzubauen. Hier wird das **veraltete NATO-Denken** einer Abwehr Rußlands bzw. der früheren UdSSR deutlich. Man denke an die „Präventivschlacht“-Überlegungen, um die gefürchteten Kommunisten in Schach zu halten, und die **überzogene Angstmacherei** vor der russischen militärischen **Bedrohung während des Kalten Krieges**, um die enormen **Rüstungsausgaben** in der **westlichen Welt zu rechtfertigen**, obwohl Rußland schon damals kaum ein ernstzunehmender Gegner für Westeuropa oder die USA war. Das **Gespenst vor einer angeblichen Bedrohung durch Rußland sollte zu einer überstürzten Einigung politischer und wirtschaftlicher Art Europas führen**. Auch dieser politische Hintergrund ist heute **genauso antiquiert** wie Kriegsfurcht zwischen Deutschland und Frankreich., **Rußland** hat nicht das geringste Interesse an einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Westeuropa und **wünscht sich wirtschaftliche Kooperation**. Die **beiden Hauptgründe** für eine weitere **politische Einigung Europas** oder eine Währungsunion sind damit **heute nicht mehr gegeben**. Sehr deutlich gemacht hat dies der **Vorstandsvorsitzende** des französischen Automobilunternehmens **Peugeot/Citroen**. Ähnlich wie der **Verfasser dieses Berichts** ein **engagierter Gegner einer europäischen Währungsunion**.

Wie sehr die Währungsunion ein **politisches Projekt** (kein wirtschaftliches) von **vorgestern** ist, zeigen auch die **Interventionen des Diplom-Volkswirts und Demagogen (so Augstein, „Spiegel“ 18/96, Seite 34), Ex-Bundeskanzler Schmidt**. In seinen ehrwürdigen Angriffen auf den verdienstvollen Bundesbank-Präsidenten Tietmeyer in der Zeitung „Zeit“ ist das **Hauptargument Schmidts** denn auch nach wie vor - so wörtlich - die **„Erinnerung an die Hitlerischen Besatzungsverbrechen auf dem Boden unserer Nachbarn“**.

Deutschland sollte sich über 50 Jahre nach Weltkriegsende mit allem **gesunden Selbstbewußtsein** deutlich machen, daß ein **„Opfer“ Währungsunion** für Deutschland heute **weder angemessen, noch für Europa sinnvoll** ist. Die Frage nach der Währungsunion ist somit auch die **Frage nach der Position Deutschlands in Europa** und der **Welt** als gleichberechtigte Nation, frei von den Greueln des Zweiten Weltkriegs. **Deutschland** ist heute ein **gleichberechtigter Partner der Welt** - nicht besser, aber eben **auch nicht schlechter**. Es ist wichtig, daß die Deutschen sowohl wirtschaftlich, wie auch vor allen Dingen politisch, dies international deutlich machen. Die Deutschen sind teilweise nach wie vor ein Volk zweiter Klasse, zwar wirtschaftlich anerkannt (Mitglied G7), aber **politisch immer noch von wichtigen Gremien der Welt ausgeschlossen**. Deutschland ist z.B. **kein ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats**, wie etwa Großbritannien oder Frankreich. Dies ist eine politische Situation, die eigentlich noch dem Stand vor 50 Jahren entspricht. Es ist wichtig, daß Deutschland nicht wieder - wie nach dem Ersten Weltkrieg - etwas mit sich machen läßt, was den Deutschen schadet, sondern in gesundem (nicht übertriebenem) Selbstbewußtsein und Selbstverantwortung die **eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen absteckt**. Dies heißt nicht, daß Deutschland eine „rechte“ Politik verfolgen sollte (in Frankreich wählen bereits 30% der Wähler ultrarechts, und eine Stadt nach der anderen wählt sogar ihre Bürgermeister aus diesem politischen Lager), sondern es bedeutet, daß **man nichts mit sich machen läßt**, was einem selbst (letztlich auch anderen Europäern) **schadet**, wie der Euro.

Die Deutschen haben sich immer wieder in der Geschichte zu den - wie der Psychologe sagen würde - **Projektionsopfern** anderer Staaten gemacht. mit anderen Worten: Sie haben sich - vor allen Dingen nach dem Ersten Weltkrieg - von anderen **verteufeln lassen**. Dies hat dazu geführt, daß die Deutschen - so ein gängiges englisches Sprichwort - **entweder vor anderen Völkern auf den Knien liegend oder anderen Völkern „an die Gurgel gehen“**. Damit ist gemeint, daß die Deutschen sich erst wie nach dem Ersten Weltkrieg mit **Reparationen**, die **eigentlich bis 1988 (!)** hätten gezahlt werden sollen, auf die Knie zwingen hatten lassen, und dann als Gegenbewegung dem „Gegner an die Gurgel“ gingen, wie im Zweiten Weltkrieg geschehen. **Deutschland darf sich wederein Problem einhandeln (erniedrigen)**, sprich ein **„Opfer Währungsunion“** hinnehmen mit einer Fusion mit völlig verschuldeten Währungen in Europa, **noch später zu eventuellen aggressiven ausländerfeindlichen Aktionen**, die mit einem solchen „Opfer“ mit Sicherheit folgen würden, hinreißen lassen. **Deutschland finanziert schon heute zwei Drittel des Europahaushalts**. Dies bereits ist eine ausreichende Kooperationsgeste, die auch bisher gerechtfertigt erschien aufgrund der deutschen Exportvorteile. **Für die Zukunft** muß hier allerdings auch eine **ausgewogenere, gerechtere finanzielle Beteiligung des Europahaushalts** gefunden werden. Am besten, man **schneidet den Europahaushalt ganz beträchtlich zusammen**, da bekanntlich ein **großer Teil der für Europa verwendeten Summen** in Form von **Subventionen** (hauptsächlich im Agrarbereich) **veruntreut** werden. Ganz Europa muß vom **Euro-Beamtenwesen entschlackt** werden **und mehr marktwirtschaftlich orientiert** sein, um den **Herausforderungen der Globalisierung** gewachsen zu sein.

Die Euro-Einheitswährung ist nichts anderes als ein Schritt in Richtung Euro-Bürokratie, Festung Europa, Festschreiben ungesunder, quasi planwirtschaftlicher französischer Methoden und langfristiger Arbeitsplatzvernichtung. Ein Wirtschaftswissenschaftler hat einmal gesagt, **„wer Arbeitsplätze staatlich sichern will, vernichtet Arbeitsplätze“**. Großbritannien und vor allen Dingen die USA haben mit ihren sehr niedrigen, sinkenden Arbeitslosenraten (USA gut 5%, Deutschland und Frankreich 11 bis 12%) deutlich gemacht, wie **sozial die Marktwirtschaft** wirkt, wenn sie einen Großteil der Bevölkerung von den **seelischen und materiellen Qualen der Arbeitslosigkeit entlastet**. Osteuropa hat deutlich

gemacht, daß **Sozialismus** und Gewerkschaftsfunktionärswesen nur dazu dienen, die **Macht solcher Kreise zu stärken**, die dann im allgemeinen in einem **wirtschaftlichen Desaster** (unseriöse oder unfähige Politik dieser halbstaatlichen Organisationen) **mündet**. Fazit:

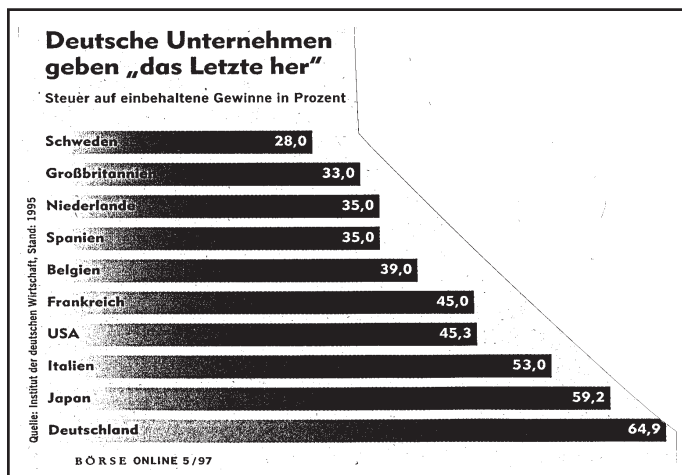
Eine europäische **Einheitswährung ist aus politischer Sicht nicht notwendig**, sondern eine **schlechte Idee von vorgestern**. Nachstehend wird sich diese Studie nun mit den Argumenten auseinandersetzen, die **behaupten**, daß die europäische Einheitswährung **Euro einen wirtschaftlichen Vorteil** oder gar **eine Verminderung der europäischen Arbeitslosigkeit** mit sich bringen würde.

Euro vernichtet Arbeitsplätze und schadet Konjunktur! Größerer Währungsblock Euro bringt nichts!

Das nebulöseste Hauptargument der Euro-Befürworter ist **das Argument, daß ein großer Währungsblock** notwendig wäre als **Gegengewicht zum Dollar- und Yen-Währungsblock**. Nur so könnte man den „Herausforderungen“ der Zukunft begegnen. Entgegen jeder wirtschaftlichen Vernunft wird hier behauptet, daß **Größe allein schon Stärke** wäre bzw. positive Beschäftigungseffekte nach sich ziehen würde. Wären die Amerikaner z.B. davon überzeugt, daß ein großer Währungsblock positiv für sie wäre, so würden sie sofort **eine Währungsunion innerhalb der nordamerikanischen Wirtschaftsgemeinschaft** bilden. Präsident Clinton würde dann eine **Währungsunion mit Kanada und Mexiko** anstreben. Wie man weiß, ist dies in keiner Weise geplant, und die amerikanische Bevölkerung würde sicherlich ein **Amtsenthungsverfahren** gegen **Präsident Clinton** einleiten, wenn er dies vorhätte. Niemand in den USA sieht sich **so edel**, daß man ein „Opfer“ bringen sollte, z.B. den amerikanischen Dollar (man denke an 8.000 Tonnen **Goldwährungsreserven** in Fort Knox) mit der **schwindsüchtigen mexikanischen Währung** oder auch nur dem **höher verschuldeten kanadischen Dollar** zu fusionieren. Ein solches „Helfenwollen“ beabsichtigt niemand in Amerika, und niemand in Mexiko oder Kanada verlangt dies. Die menschliche Erfahrung zeigt auch, daß derjenige, dem „geholfen“ wird, die Dinge rückwirkend so verfälscht, daß eine Hilfe eigentlich „gar nicht notwendig“ war und der Helfende (so ist es häufig im wirklichen Leben) **bekommt noch Vorhaltungen** von demjenigen, dem er geholfen hat. Die **Selbsthilfe ist die einzig wirkliche Hilfe**. In den USA kommt also **niemand auf die Idee, einen größeren Währungsblock** zu schaffen, und **schon gar nicht auf die Idee, daß ein solcher größerer Währungsblock irgendwelche Vorteile im Welthandel mit sich bringen würde**. Im Gegenteil, wenn Mexiko nicht mehr gegenüber den USA abwerten könnte, würde **eine massive Arbeitslosigkeit in Mexiko** ausbrechen. Die „Hilfe“ würde sich also genau als das **Gegenteil** herausstellen. Ähnliches gilt für den **Euro und Südeuropa**. Der bekannte internationale Großfinanzier **George Soros** hat die **Europäische Währungsunion als ein Unterfangen** bezeichnet, das zu **einer Depression in Teilen Europas führen dürfte**, da die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Währungsunion in jeder Richtung fehlen. Der Euro und der Maastricht-Vertrag sind „**ein Abenteuer mit ungewissem Ausgang**“ (Rudolf Augstein, „Spiegel“ 18/96, Seite 34). Ein **unnötiges** Abenteuer!

Daß tüchtige **Länder** mit verhältnismäßig **kleinem Währungsvolumen äußerst schlagkräftig** auf dem **Weltmarkt** operieren und **viele Arbeitsplätze schaffen** können, haben die **Beispiele der fünf asiatischen Tigerländer** gezeigt. Alle diese Länder **haben eine eigene kleine Währung** und denken nicht daran, ihre gute Währung in einen größeren Verband einzubringen. Diese Länder zeichnen sich lediglich **durch klare Marktwirtschaft und Fleiß** aus. Zwei Grundsätze, die **Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg zu jenem Erfolg verholfen** haben, der den heutigen Wohlstand begründete.

Nicht irgendwelche **Buchhaltungstricks** oder buchhalterische Einführungen von Kunstwährungen, wie Euro, **erzeugen also Arbeitsplätze**, sondern lediglich **marktwirtschaftliche Ordnung und Fleiß**. Die Hauptursache der heutigen hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland ist die Tatsache, daß die **Deutschen international stundemäßig pro Jahr weitaus am wenigsten arbeiten**, weitaus am **meisten Lohn und Gehalt** bekommen und inzwischen **eine keineswegs mehr marktwirtschaftlich orientierte Wirt-**



schaftsordnung haben, sondern einen **Beamtenstaat mit viel zu hohen Steuern** (siehe Chart). Die angestrebte deutsche **Steuerreform** ist zwar zu **begrüßen**, jedoch müssen die **Staatsausgaben massiv zusammengestrichen** werden, damit eine solche Steuerreform **bezahlt** werden kann. Eine simple Erhöhung der Mehrwertsteuer als Gegenmaßnahme zeigt z.B., daß Deutschland nach wie vor nicht auf die Gesetze der Marktwirtschaft oder die Herausforderungen der Globalisierung eingehen will. Wenn man die **Steuern senkt, ohne für die Finanzierung zu sorgen** (die Amerikaner haben Ausgabensenkungen vorbildlich geschafft), dann gibt es **Inflation**. Die Bundesregierung will die Steuerreform erst **1999 einführen**. Einmal deshalb, weil **nach** der Steuerreform die **Konvergenzkriterien** (3%) ohnehin nicht mehr auch **nur annähernd einzuhalten** sind, und zum zweiten deshalb, weil die **inflationären Wirkungen** dann nicht auf Deutschland, sondern auf **ganz Europa** verteilt würden. Man kann sich vorstellen, daß **die übrigen europäischen Länder** in einer Art Wettlauf ähnliche entsprechende **Maßnahmen** noch um so **intensiver** nutzen werden, um ihrerseits wieder eventuelle **Inflationfolgen** einer unsoliden Verschuldungs-Wirtschaftspolitik auf die **restlichen Länder Europas abzuwälzen**. Fazit:

Das Argument **großer Wirtschaftsblock** ist blanker Unsinn. **Länder mit großen Währungsvolumina**, wie z.B. **Rußland** oder früher **Südamerika**, haben bei **hohen Inflationsraten größte Beschäftigungsprobleme**, aber keinerlei Vorteile durch einen großen Währungsblock gehabt. **Lediglich Stabilität** und mehr **Marktwirtschaft** bzw. **weniger Staat und Steuern** können auf die Dauer **Arbeitsplätze sichern** und neu hinzubringen.

Keine dauerhaften Arbeitsplätze durch billige Abwertungsstrategie

Ein **weiteres Argument** der Euro-Befürworter sind **angebliche Arbeitsplatzgewinne** einfach durch **Schaffung einer neuen (Abwertungs-)Währung**. Gewissermaßen ein **billiger Schreibtischtrick**, der Vollbeschäftigung wie in den USA bringen soll. Der **Hintergedanke** dabei ist - besonders von französischer Seite - eine massive **Abwertung des Euros** gegenüber **Dollar und Yen** (1 Euro = 1 Dollar, was fast 20% Abwertung der DM wäre). Die Europäer bräuchten dann (nach Abwertung) noch weniger zu arbeiten, hätten Vollbeschäftigung und einen wesentlich besseren Wohlfahrtsstaat als die USA (laut Deutscher Bundesbank **lohnt es sich** für viele Deutsche, **überhaupt nicht zu arbeiten**, weil die staatlichen **Unterstützungen sogar noch höher** sind, als wenn man arbeiten würde), und dies alles nur, weil man eine so geschickte Abwertungs-Wirtschaftspolitik betreibt. So simpel und einfach soll Wirtschaftspolitik sein! Tatsächlich hat die Vergangenheit deutlich gemacht, daß **Länder, die ständig abgewertet** haben, durchaus **extrem hohe Arbeitslosenquoten** haben. Länder mit **stabiler Währung**, wie die Schweiz oder Japan (jeweils Länder mit ausgesprochener marktwirtschaftlicher Prägung) haben dagegen die **niedrigsten Arbeitslosenquoten** neben den USA. Auch Länder wie Holland, Großbritannien oder Schweden (**Schweden** wird der Euro-Einheitswährung **nicht beitreten, genauso wenig wie Großbritannien und Dänemark**) haben deutlich gemacht, daß die **Arbeitslosigkeit gestoppt und vermindert** werden kann, wenn man sich **in Richtung Marktwirtschaft** und in Richtung auf eine **stabile Währung** (die Schwedenkrone ist genau wie das britische Pfund **wesentlich aufgewertet** worden) konzentriert.

Wenn eine **Währung abgewertet** wird, **erhöht sich automatisch das Zinsniveau**. Selbst in Ländern wie **Deutschland**, wo jeder **vierte Arbeitsplatz vom Export abhängt**, werden damit **drei von vier Arbeitsplätzen durch steigende Zinssätze negativ beeinflusst**. Angefangen von der **Bauwirtschaft**,

die sehr **zinsreagibel** ist, bis hin zu den Unternehmen, die **mehr Fremdkapitalzinsen für ihre Schulden** bezahlen müssen und damit **weniger wettbewerbsfähig** sind und Arbeitsplätze opfern müssen. Der **Zins** ist jedenfalls der **volkswirtschaftlich wichtigste Einflußfaktor** überhaupt.

Steigende Zinsen führen immer (ohne jede Ausnahme) zu einer Bremsung der Volkswirtschaft und zu **sinkender Beschäftigung**. Besonders dann, wenn der **Realzins** (der Zins nach Abzug der Inflationsrate) steigt. Gerade dies ist aber schon heute der Fall. Die Furcht vor dem Euro hat dazu geführt, daß das **Realzinsniveau in Deutschland** bei 30-jährigen Anleihen bei 5,2% liegt gegenüber einem Realzinsniveau bei 30-jährigen Anleihen in den USA von 3,6%. Eine **stabile Währung mit guten Aussichten** wird also durch ein **niedriges reales Zinsniveau belohnt**, was zu **entsprechend positiven Beschäftigungseffekten für die Volkswirtschaft** führt. Fazit: Wenn Deutschland die erfolgreiche Bundesbank-Politik der letzten 50 Jahre aufgibt und den **französischen Verführungen einer Abwertungs-politik erliegt**, wird die **Arbeitslosenquote in Deutschland** genauso **stark steigen**, wie dies in Frankreich in der Vergangenheit der Fall war. Halbsozialistische **Quasi-Planwirtschaft** und **Abwertung** wie teilweise in **Frankreich** haben in der **Vergangenheit** immer zu **katastrophalen wirtschaftlichen Beschäftigungseffekten** geführt.

Längerfristig pendeln sich **Währungen von selbst auf einem Gleichgewichtsniveau** ein, das für die Konjunktur und die Beschäftigung optimal ist. Wenn man **künstliche Abwertungen** herbeiführt (wie von Frankreich angestrebt), führt dies zu den beschriebenen **nachteiligen Effekten** für die **Volkswirtschaft** und die **Beschäftigung**. Deutschland hatte in den letzten drei Jahren vorübergehend eine zu stark aufgewertete Währung. Dieser Prozeß hat sich aber im Zuge der marktwirtschaftlichen Orientierung der Wechselkursmärkte (die **Devisenmärkte** sind die größten und **effizientesten Märkte der Welt**) wieder eingespielt. Die deutsche Währung wäre auf die Dauer keineswegs auf einem zu hohen Niveau verblieben und würde auch **nach einer eventuellen Verschiebung des Euros** oder einer Aufgabe der Euro-Idee nicht auf ein unrealistisch hohes Niveau **dauerhaft** steigen. Die **ausländischen Notenbanken haben bisher keinerlei Verkäufe ihrer Währungsreserven in DM oder am deutschen Rentenmarkt** vorgenommen. Lediglich, wenn sich abzeichnet, daß unter dem Einfluß Frankreichs Deutschland in eine **Euro-Weichwährung** hineinsteuert, sind solche **Verkäufe zu erwarten**. Bei einer Verschiebung oder Aufhebung der Euro-Idee dürfte es deshalb keinesfalls die befürchtete **starke** Aufwertung der DM geben. Es ist zwar zu erwarten, daß **sich die Aufwärtstendenz des Dollars nicht wie in der Vergangenheit fortsetzt**, aber es ist damit zu rechnen, daß **sich die Währungen international auf die Dauer immer wieder bei einem Gleichgewichtswerteinpendeln**, wenn man die Währungen nicht künstlich beeinflusst. Das **bisherige Weltwährungssystem** hat sich also damit als zwar **nicht perfekt**, aber als **die beste aller Möglichkeiten** entwickelt. In Europa würde man **über die Einführung eines Euros** versuchen, das **System fester Wechselkurse in Südeuropa wieder einzuführen**. Die Erfahrung hat gezeigt, daß solche festen Wechselkurse zu einem wirtschaftlichen Desaster für alle Beteiligten führen können und keineswegs wünschenswert sind. Fazit: Die Einführung des **Euros würde weder volkswirtschaftlich wachstumsmäßig, noch beschäftigungspolitisch dauerhaft positive Effekte** haben.

Welche Mechanismen führen in Europa zu wirtschaftlichem Gleichgewicht, nachdem Abwertungen der früheren Schwachwährungsländer im Euro-System nicht mehr möglich sind?

Im heutigen System flexibler Wechselkurse fallen **Währungen**, die sich **durch Inflation, hohe Verschuldung, geringe Arbeitsproduktivität** oder, ganz allgemein gesprochen, **schlechte Leistungsbilanz auszeichnen**. Die hohen **Lohnsteigerungen** in Südeuropa (in Italien und Spanien **auch heute noch** ungebremst 5% pro Jahr) zusammen mit **schlechter Produktivitätsentwicklung** führten in der Vergangenheit zur langfristigen **Abwertung dieser Währungen** (siehe Abbildung spanische Pesete, Währung gegenüber DM Seite 4). Auf diese Art und Weise wurden die Arbeitsplätze immer wieder international

konkurrenzfähig und die entsprechenden Länder konnten ihren Export aufrechterhalten. Hätte es das **Ventil der Abwertungen** nicht gegeben, so wäre die **Arbeitslosigkeit heute noch ungleich höher**, als sie ohnehin schon in den mediterranen Ländern ist. Im **Euro-System sind Abwertungen** bei einer gemeinsamen Währung **definitionsgemäß nicht mehr möglich**. Welche Folgen der **Austausch einer Schwachwährung gegen eine harte Währung** hat, haben wir bereits in **Ostdeutschland** gesehen. Eine **Massenarbeitslosigkeit, die de facto bei rund 25%** liegt. Ohne die massiven **200 Mrd. DM-Transferleistungen** von Westdeutschland nach **Ostdeutschland** (Ostdeutschland hat eine **passive Handelsbilanz von über 200 Mrd. DM** und hat damit die **schlechteste Handelsbilanz aller „Staaten“ dieser Welt**), wäre die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland noch wesentlich größer.

Wenn man nun eine einheitliche Währung für Europa einführen würde, gibt es in Südeuropa nur eine einzige **Möglichkeit der Anpassung: Nominell rückläufige Löhne**. Angesichts der relativ **großen Macht der Gewerkschaften** in diesen Ländern kann man sich vorstellen, was Lohnsenkungen (nicht nur real, auch nominell!) in diesen Ländern für **soziale Unruhen** auslösen werden. Natürlich werden diese Länder die **Schuld** an dieser Entwicklung im Ausland (**voraussichtlich in Deutschland als Euro-Lokomotive**) suchen. Eine **zweite Möglichkeit** wäre, daß die Arbeitskräfte aus diesen Ländern in **Hochlohnländer** der Europäischen Gemeinschaft, wie Deutschland, **massiv abwandern**, um der schnell steigenden Arbeitslosigkeit in Südeuropa zu entgehen. Während in den **USA** zwischen den einzelnen Bundesstaaten eine **massive Wanderung in jedem Jahr stattfindet**, ist dies in **Europa praktisch nur in sehr geringem Ausmaß gegeben**. In den **USA wechseln 20% der Arbeitnehmer** pro Jahr den Beschäftigungsort, um an eine Stelle zu wandern, in der sie eine Arbeit finden. In den **westeuropäischen Industrieländern dagegen wechselt nicht einmal 1% der arbeitenden Bevölkerung** im Laufe des Lebens (geschweige denn pro Jahr) den Arbeitsplatz ins Ausland, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden und Arbeit in einem Hochlohnland zu suchen. Die **Flexibilität**, die in den USA am Arbeitsmarkt zwischen den einzelnen Bundesstaaten herrscht, ist also **in Europa in keiner Weise gegeben**. Aufgrund von **inflexibler Mentalität und Sprachbarrieren** sind entsprechenden Wanderungen nicht zu erwarten. Hinzu kommt, daß sie von den Hochlohnländern, wie Deutschland, **nicht gewünscht** werden. Siehe **Entsendegesetz** in der Bauwirtschaft. **Das Ventil Arbeitsplatzwanderung** wird also das Ungleichgewicht, das durch fehlende Abwertungsmöglichkeiten entsteht, nicht ausgleichen können. Es bleibt nur eine **einzigste, dritte Möglichkeit**:

Ausgleichszahlungen werden die massiv in den früheren Schwachwährungsländern steigende Arbeitslosigkeit nach Euro-Einführung ausgleichen müssen. Dieses **einzigste Ventil dürfte ähnliche, wenn nicht wesentlich höhere Ausmaße annehmen**, als jetzt zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland. Da Deutschland heute schon **zwei Drittel des Europa-Haushalts finanziert**, was eine beträchtliche Belastung für die ohnehin **negative deutsche Leistungsbilanz** ist, kann man sich vorstellen, daß **weitere Opfer Deutschlands** für die europäische Einigung durch Transferzahlungen **wirtschaftlich nicht möglich** sind (weit besser wären **High-Tech-Investitionen des Staates**, siehe Seite 12). Sollten trotzdem in größerem Ausmaß Transferzahlungen geleistet werden, so wird es zunehmend **europafeindliche Tendenzen in Deutschland** geben. Ernstzunehmende Wirtschaftswissenschaftler gehen ganz klar davon aus, daß dieser Aspekt des Euros in Europa zu einem **Verfall der europäischen Idee** und zu **einer Eskalation von Feindseligkeiten zwischen den einzelnen Ländern** führen wird. Da es eine **menschliche Eigenschaft** ist, die **Schuld gerne beim anderen** zu suchen, werden sich die früheren Schwachwährungsländer und die früheren Hartwährungsländer schon bald psychologisch bekriegen. Die **Versionen vom angeblichen Krieg**, wenn der Euro nicht kommt, dürften **eher wahr werden**, wenn der **Euro eingeführt** wird. Allerdings sicherlich mehr im **Sinne eines Auseinanderfallens Europas** als eines echten Krieges. Niemand kann behaupten, daß Westeuropa heute demokratisch so unmündig wäre, daß es aufgrund von wirtschaftlichen Gegebenheiten in einen Krieg verfallen würde. Das demokratische Niveau von Ländern, wie Deutschland, Frankreich und Großbritannien wird kriegerische Auseinandersetzungen in jedem Falle verhindern. Es ist im Grunde eine **weitere Entmündigung des Bürgers**, wenn Politiker in Deutschland und Frankreich davon ausgehen, daß es tatsächlich zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommen könnte, wenn der Euro nicht kommen würde.

Die Europäer setzen den **Begriff Europa** heute weitgehend gleich mit **Bürokratismus** sowie **Subventionsbetrug** und **Kriminalität**. Je mehr der **Bürokratismus** in Europa durch eine Einheitswährung gefördert wird, desto mehr **Aggressionen** dürfte es **in der Bevölkerung** gegen **Subventionsbetrug** und **Verschwendung öffentlicher Gelder** geben, während gleichzeitig die **Arbeitslosigkeit wächst**. Das Beispiel **Treuhand - Privatisierung von Unternehmen in Ostdeutschland** hat deutlich gemacht, wie der **Korruption Tür und Tor geöffnet** werden, wenn **Beamte** über wirtschaftliche Gegebenheiten zu bestimmen haben. Übertriebener europäischer Bürokratismus wird dazu führen, daß die **Verwaltung** in Zukunft **nicht nur in den einzelnen Ländern**(dort ohnehin schon personell weit überbesetzt), sondern auch noch **parallel auf europäischer Ebene durchgeführt**wird. Es ist nicht auszuschließen, daß es in Zukunft durch eine solche **Doppelverwaltung** zu jeder Inlandssteuer (die Steuerlast ist ohnehin schon viel zu hoch) **zusätzlich eine Euro-Steuer** geben wird. Besonders die **französischen Wünsche nach Steuerung** der europäischen Wirtschaft durch immer mehr Beamte führen zu **immer mehr Unkosten**, aber auch **immer mehr Korruption und Kriminalität**(siehe **mafia-ähnliche Zustände in Brüssel** in der Regierung). Die einzige Möglichkeit, eine entsprechende Entwicklung zu vermeiden, ist eine **Verminderung des Beamtenapparats** und ein **zunehmender Liberalismus** durch eine **Verstärkung der Marktwirtschaft**. Genau das Gegenteil planen aber die europäischen Politiker, die dadurch nur ihren **eigenen Machteinfluß** vergrößern wollen.

Unabhängige Europäische Zentralbank à la Bundesbank eine Illusion

Wie wenig Marktwirtschaft und Unabhängigkeit von staatlichen Institutionen von Frankreich gewünscht wird, zeigt die **jüngste Diskussion um eine politische Institution als Gegengewicht zur Europäischen Zentralbank**. Eine solche, jetzt von Frankreich geforderte Institution (man muß sich wundern, daß dies **sogar schon vor der Währungsunion** offen verlangt wird und nicht erst nach dem Beginn der Währungsunion!), soll der **Europäischen Zentralbank** nicht **nur Weisungen (!) erteilen**, sondern auch die **Wechselkurspolitik der Europäischen Union** bestimmen. Hier wird deutlich, daß **schon jetzt** eine **unabhängige Europäische Zentralbank** (und damit ein stabiler Euro) eine vollständige **Illusion** sind. **Frankreich** will den Wechselkurs **als Machtinstrument gegenüber den USA** einsetzen und den Euro **künstlich abwerten**. Der frühere französische Staatspräsident **Valérie Giscard-D'Estaing** hat erst vor kurzem eine **Abwertung** des französischen Franc **empfohlen**. Um solche Abwertungen gewissermaßen **dauerhaft** durchführen zu können, hat Frankreichs Finanzminister **Jean Arthuis** im Januar 1997 die **„Gründung eines Rates zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Länder der EU“** gefordert. Die Gründung eines solchen Stabilitäts- und „Wachstums-Rats“ als politisches **Gegengewicht zur Europäischen Zentralbank** ist ein **Desaster**, das **in aller Deutlichkeit den Euro ad absurdum führt** und zeigt, daß Deutschland in einer europäischen Währungsunion nichts zu suchen hat. **Eine Europäische Zentralbank müßte** absolut **unabhängig** sein. Sie müßte die Prinzipien der **Konjunktur- und Währungssteuerung der Deutschen Bundesbank** übernehmen. Es ist aber schon heute klar, daß die europäischen Länder das harte Instrumentarium der Bundesbank nicht übernehmen wollen. Es liegt auf der Hand, daß es eines der **Hauptziele der Franzosen bei der Europäischen Währungsunion** ist, sich von der **Stabilitätspolitik der Deutschen Bundesbank zu befreien**. Auch einige deutsche Politiker dürften heimlich im Grunde froh sein, die bisher völlig unabhängige Deutsche Bundesbank via Euro loszuwerden. So zumindest die Meinung von André Kostolany.

Die französischen Vorstellungen, **Wechselkurspolitik** in einer Währungsunion sei Sache der (französischen) **Regierung** bzw. der europäischen Regierungen, **ist in keiner Weise mit dem Maastricht-Vertragstext unvereinbar**. Spätestens jetzt sollte den Deutschen klar werden, daß eine **Währungsunion** eine **Aushöhlung der eigenen Währung** bedeuten würde. **Deutschland** hat in der **zukünftigen Europäischen Zentralbank** ein so **geringes Gewicht** (ähnlich wie Belgien), daß **nicht stabilitätsorientierte Länder** bei der nächsten Rezession **eine ungehemmte Geldvermehrungs- und Niedrigzinspolitik** durchführen können. Bisher brüsten sich die europäischen Länder mit Stabilitätserfolgen - niedrigere Inflationsraten im Hinblick auf den kommenden Euro nach dem Motto: „Der Euro bringt uns

schon jetzt **Stabilität**“. Tatsächlich spielen hauptsächlich **Globalisierung** und **verstärkter Wettbewerb** einerseits **sowie längerfristige deflationäre Tendenzen** der Weltwirtschaft andererseits eine so starke Rolle, daß Stabilitätsbemühungen im Vorfeld des Maastricht-Vertrags in den meisten Ländern kaum zu Buche schlagen. Deutschland hat z.B. im Jahr **1996 die Neuverschuldung um über 56% erhöht**, und trotzdem ist die **Inflationsrate auf 1,4% gesunken**. Dieser Stabilitätserfolg hat also überhaupt nichts mit angeblicher fiskalpolitischer Stabilitätspolitik (weniger Neuverschuldung) im Hinblick auf Maastricht zu tun. Es ist eine **weltwirtschaftliche** Entwicklung einerseits, kombiniert mit den **Strukturproblemen Deutschlands**.

Euro wirtschaftlich nicht notwendig - Marktwirtschaft ohne arbeitsplatzzerstörende Subventionen nötig

Von Bundesbankpräsident **Tietmeyer** bis hin zu **SPD-Schröder**, haben Konjunktur-, Währungs- und Wirtschaftsfachleute sowie einige wenige Politiker klar gemacht, daß **es keinerlei absolute Notwendigkeit zur Einführung des Euros gibt**. Besonders marktwirtschaftlich orientierte Länder, wie Großbritannien und Schweden, haben sich bereits gegen die Währungsunion entschlossen. Die **Kosten der Währungsunion wären wahrscheinlich größer als die Vorteile durch die Währungsunion**. Besonders befürchten diese Länder, daß Frankreich via Euro-Gesetze die Marktwirtschaft in diesen Ländern nach und nach unterlaufen wird. **Wie unsozial sich angeblich zum Wohle der Arbeitnehmer geführte französische dirigistische Politik gibt, zeigt ein simpler Vergleich der Jugendarbeitslosigkeit in Großbritannien und in Frankreich**. Während sie in Frankreich bei **25% liegt**, ist sie in **Großbritannien weniger als halb so hoch** mit 11%. Es ist völlig klar, daß eine von Beamten beeinflusste staatliche Wirtschaftspolitik zu schlechteren Resultaten führt als die freie Marktwirtschaft. Es ist Grundbestandteil jeder volkswirtschaftlichen Erkenntnis, daß eine **staatliche Unterstützung von Arbeitsplätzen in der gleichen Branche jene Arbeitsplätze vernichtet**, die nicht vom Staat unterstützt werden, da das staatlich subventionierte Unternehmen seine Produkte zu billig auf den Markt werfen kann und dadurch die nicht staatlich unterstützten Unternehmen in den Konkurs treibt.

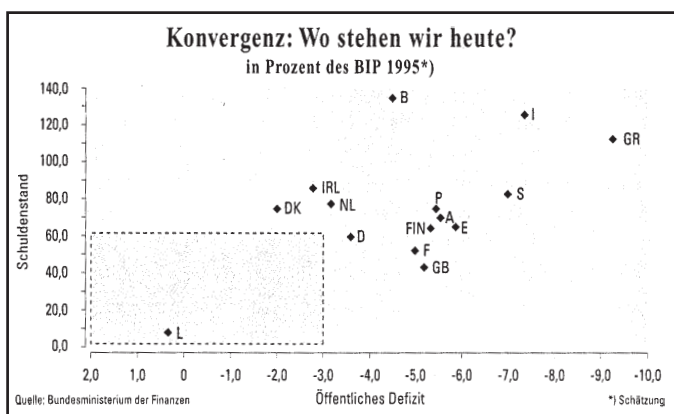
Im Grunde ist alles eine **Sache der Fristigkeit**. Die Politiker wollen von **heute auf morgen Arbeitsplatzerfolge**, indem sie z.B. mehr oder minder konkurrenz Unternehmen künstlich stützen. Dies rettet zwar **im Moment** einige Arbeitsplätze, **vernichtet aber** auf die **beschriebene Art und Weise** bei Konkurrenzunternehmen in den Jahren **danach um so mehr Arbeitsplätze**. Die **kurzfristig positive Wirkung** hat also **langfristig um so stärker negative Wirkungen**. Da heute niemand mehr auf eine Verbesserung der Lage warten will, sondern Erfolge von heute auf morgen durchpeitschen will, greifen die Politiker immer mehr zu wirtschaftlich unvernünftigen Maßnahmen. In Deutschland wurde z.B. in den letzten Jahrzehnten die **Ruhrkohle mit jährlich über 10 Mrd. DM subventioniert**. Hätte man diese Gelder, wie in **Japan**, in die Entwicklung **elektronischer Hochtechnologie** gesteckt (ein Bruchteil dieser Summe pro Jahr hätte gereicht), so hätte man **zukunftsweisende**, stabile Arbeitsplätze schaffen können. Indem man **aber tote Branchen künstlich erhält**, vernichtet man Arbeitsplätze oder läßt keine stabilen Arbeitsplätze entstehen. **Japan** hat dies wesentlich klüger angefangen und hat heute zusammen mit den **USA** einen **Vorsprung in der High Tech-Elektronik**, der sich von Europa nicht mehr wird aufholen lassen können. Ähnliches gilt für die **Flugzeugindustrie**. Hätte Bonn **nur in einem einzigen Jahr jene 10 Mrd. DM**, die zur Subventionierung der Ruhrkohle verschleudert werden, **zusammen mit Daimler in die Entwicklung eines Jumbos (ähnlich Boeing 747)** gesteckt, so hätte Deutschland heute in diesem Bereich stabile Arbeitsplätze, die wahrscheinlich über Jahrzehnte hinaus sichere Beschäftigung geben würden.

Die Politiker weichen aber jedem simplen Druck der **Gewerkschaften** und einzelner kleinere **Interessengruppen**, statt souverän Entscheidungen zum Wohle der gesamten Volkswirtschaft zu fällen. Eine andere Frage ist natürlich, ob der **amerikanische Dirigismus** den Deutschen überhaupt erlaubt hätte, einen **Jumbo** oder gar einen **Superjumbo** zu bauen. Boeing verdient sein Geld monopolartig praktisch ausschließlich mit dem konkurrenzlosen Jumbo und macht dafür die Preise bei Flugzeugen, die in der

gleichen oder ähnlichen Klasse auch von Airbus gebaut werden, künstlich niedrig. Hinzu kommen die umfangreichen Gelder, die Boeing vom amerikanischen Staat für Militärausgaben erhält. Die **europäische Stahlindustrie** ist ein weiteres Beispiel für Subventionen, die Arbeitsplätze vernichten. **Gesunde Unternehmen wurden geschädigt durch staatliche Gesellschaften** (zu einem großen Teil in Frankreich und Italien), die **Billigstahl aufgrund der staatlichen Subventionen** liefern konnten. **Jüngstes Beispiel ist Air France**. Das Unternehmen erhielt in den letzten Jahren **insgesamt 15 Mrd. FF** Sanierungsunterstützung. Mit diesen Geldern hat Air France die Lufthansa-Preise fast auf allen Strecken unterboten und wahrscheinlich auch wesentlich mehr Flugzeuge (via Leasing) eingesetzt, als aufgrund der planwirtschaftlichen EG-Beamtenpläne erlaubt war. Statt daß man in ganz Europa überhaupt keinerlei Subventionen an Fluglinien zahlt, was zu einem **gesunden Wettbewerb** (auch supranationalen Zusammenschlüssen) führen würde, leisten sich immer mehr **Länder nationale Prestige-Airlines auf Kosten des Steuerzahlers**. Ein weiteres Beispiel dafür, wie gut Marktwirtschaft funktioniert und wie schlecht europäische Planwirtschaft ist.

Als gutes Beispiel zur Verdeutlichung, wie gerade in den **mediterranen Ländern - mit denen man sich via Euro verbinden will - gearbeitet wird**, dient die **Oper in Rom**. Die weiblichen Rollen wurden hier früher in der Regel von den Kardinälen besetzt. Fachliche Eignung spielte keine Rolle. Dann wurden alle wichtigen Positionen von den Kommunisten und den Gewerkschaften besetzt. Fachliche Eignung spielte wiederum nicht die geringste Rolle. Heute hat die Oper in Rom einen Personalbestand, der mindestens beim 3- bis 4-fachen des Nötigen liegt. Als kürzlich **ein neuer Intendant** gesucht wurde, machte dieser Intendant den Vorschlag, daß **er mit einem Drittel dervom Staat bezahlten Kosten** der Oper auskommen würde, wenn er Entlassungen und Personalbesetzungen nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten würde durchführen können. Der **potentielle Bewerber bekam den Posten nicht**. Die staatliche personelle Überbesetzung blieb bis heute bestehen. **Hier wird deutlich, wie mit öffentlichen Geldern heute in Südeuropa gearbeitet wird**. Entsprechend erhöht sich die **Staatsverschuldung**. Warum soll ein stabiles Land wie Deutschland in Zukunft **solche Probleme - opfermäßig - mittragen?**

Es ist also durchaus denkbar, daß die **Politiker versuchen** werden, den **Euro durchzupeitschen**, auch wenn die **Konvergenzkriterien nicht erreicht werden**. Bezeichnend ist der Satz von Bundeskanzler Kohl, „der Euro **muß** kommen“. Die Tabelle macht deutlich, daß **alle europäischen Länder** in ihrer



Gesamtheit **die Konvergenzkriterien nicht erfüllen**. Lediglich das **Schwarzgeld-Paradies Luxemburg** (70.000 Verfahren gegen deutsche Steuerbürger laufen zur Zeit wegen Schwarzgeld in Luxemburg) **erfüllt die Kriterien**. Luxemburg hat allerdings nicht einmal eine eigene Währung (dort gilt die belgische Währung). Aus dieser Sicht gibt es also keine einzige Währung, die heute die Konvergenzkriterien erfüllt. **Lediglich in den USA ist die Neuverschuldung bereits im letzten Jahr auf 1,5%** des Brutto-

inlandsprodukts zurückgegangen. Da auch die Altverschuldung nur (bei gerechter Berechnung) bei rund 45% liegt, würden die **USA neben eventuell Großbritannien als einzige große Länder weltweit die Konvergenzkriterien für den Euro erfüllen**. Es ist bezeichnend, daß gerade diese beiden Länder weit davon entfernt sind, sich an irgendwelchen Währungsunionen zu beteiligen.

Eine weitere Möglichkeit ist die **Durchsetzung einer Volksbefragung**. **Herr Kohl** hat sich erst kürzlich ganz **eindeutig - ohne Angabe von Gründen - gegeneine Volksbefragung entschieden** („unnötig). Auch hier sehen wir ein **Relikt des Zweiten Weltkriegs**: Nach dem Zweiten Weltkrieg hielt man die Deutschen für politisch nicht so mündig, daß sie eine Volksabstimmung durchführen konnten, da sonst das übliche, von den Deutschen ausgehende Unheil die Folge wäre. Deutschland sollte sich eine solche

Unmündigkeitserklärung der eigenen Politiker keineswegs gefallen lassen. **Eine weit überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung von über 80% befürwortet eine Volksumfrage zum Euro.** Für die **Politiker** wäre dies **eigentlich eine günstige Gelegenheit**, sich aus der **völlig unmöglichen Situation**, in die man sich **gebracht hat, befreien zu können.** Man könnte dann sagen, man erfülle den Willen des Volkes, wenn man den Euro verschieben würde. Tatsächlich hat sich der - wie der „Spiegel“ schreibt - unbeholfene Kanzler Kohl so weit vorgewagt, daß er, ohne den Rest Europas vor den Kopf zu stoßen, kaum seinerseits eine einseitige Aufkündigung des Euros oder auch nur eine Verschiebung ankündigen könnte. Der Wille der Deutschen, des größten westeuropäischen Volkes (größtes europäisches Volk ist Rußland) mit fast doppelt so vielen Einwohnern wie Frankreich und Großbritannien, kann aber nicht als Affront gewertet werden, sondern nur als schlichte Wahrheit gegebener Tatsachen.

Unklarheiten bei der Europäischen Zentralbank über Politik und Führung

Nicht nur die **Strategie** einer erfolgreichen Währungspolitik (z.B. Geldmengensteuerung wie die Bundesbank) einer **zukünftigen Europäischen Zentralbank** ist bis heute **völlig unsicher**, sondern auch die Frage, **wer** der erste **Präsident** einer **Europäischen Zentralbank** werden würde. Angeblich haben die Deutschen - offensichtlich ein weiteres „Opfer“ - den Franzosen bereits versprochen, daß ein **Franzose** der **erste Präsident** werden wird. Bei entsprechenden Anfragen in Bonn oder in Frankfurt bei der Bundesbank gab es bisher nur halbherzige Ausflüchte und **keine Dementis** dieser hartnäckigen Vermutung. Hätte man den Franzosen die erste Präsidentschaft zugesprochen, so würde dies ebenfalls in die gleiche Richtung deuten wie die gesamte Konstruktion des ohnehin wirtschaftlich nicht notwendigen Euros: Ein Zugeständnis an Frankreich.

Als Alternative zu einem französischen Präsidenten der Europäischen Zentralbank wird der frühere **holländische Zentralbank-Chef Wim Duisenberg** gehandelt. Ein **fähiger, anglo-amerikanisch** gesinnter Banker vom Stil der Bundesbank. Die Deutschen suchen ihn als **Kompromiß**. Den Deutschen ist bekanntlich der **Dublin-Stabilitätspakt** zur Stabilisierung des **Euros zu lax**, den Franzosen ist der **Stabilitätspakt viel zu hart**, da sie eine Abwertung des Euros suchen. „Die **Techniker** der Europäischen Zentralbank sind verpflichtet, auf dem **monetären Feld** die Entscheidungen des **Europäischen Rates auszuführen**“, behauptete schon Chirats Vorgänger **Francois Mitterand 1992** im Fernsehen, obwohl er den Maastrichter Vertrag schon unterschrieben hatte, in dem genau das Gegenteil steht.

Als Hauptziel des Euros muß man nach wie vor den Wunsch sehen, **„die Vorherrschaft von DM und Bundesbank zu brechen**. Das ist die **Geschäftsgrundlage von Maastricht**“. So der Frankfurter Währungsprofessor **Wilhelm Hankel** in der „Welt am Sonntag“ am 29. Dezember 1996. Welche politischen Vorstellungen hauptsächlich in Frankreich mit einer Einführung des Euros verknüpft werden, hat ein im „Spiegel“ veröffentlichtes Interview mit dem **französischen Soziologen Pierre Bordieu** („Spiegel“ 50/96) gezeigt. Überhaupt hat sich der „Spiegel“ mit guter Information in Sachen Euro positiv hervorgetan. Die beiden Beiträge von **Rudolf Augstein zum Euro** („Spiegel“ 18/96, Seite 34 und 01/97, Seite 28) geben so deutliche Warnungen und so klare Statements ab, wie sie eigentlich so einsam und so klar nur **von wenigen Persönlichkeiten in Deutschland so mutig geäußert** worden sind. Zuletzt dürfte sich **Willy Brandt in Sachen deutsche Einheit** (übrigens gegen weite Teile der SPD und gegen die Grünen) so klar und deutlich (damals in seiner Grundsubstanz ebenfalls relativ allein) geäußert haben.

Pierre Bordieu ist der **führende französische Soziologe** an der renommiertesten akademischen Einrichtung Frankreichs, des **Collège de France in Paris**. Bordieu will durch eine **Vereinheitlichung des europäischen Sozialrechts (Währungen = Sozialunion!)** einen **europäischen Wachstums- und Beschäftigungspakt** schließen. Den Präsidenten der **Deutschen Bundesbank** bedenkt er mit Vokabeln, wie **„geistiger Terrorismus, Brutalität, Ungeschicklichkeit, Analogie zu Maos kleinem roten Buch**“. Die Franzosen wehren sich offensichtlich **gegen die Marktwirtschaft**, die in den USA, aber auch zunehmend in europäischen Ländern, wie Großbritannien und zuletzt in Schweden und den Nieder-



Quelle: Süddeutsche Zeitung 28.06.1996

landen, zu einer **wirtschaftlichen Gesundung** (und einem **Rückgang der Arbeitslosigkeit**) geführt hat. Bordieu sagt z.B. „**eine Bank, die die ungeteilte Herrschaft des Marktes durchsetzen will, ist eine Gefahr**“ (aus diesem Grunde muß die Bundesbank beseitigt werden).

Die jüngsten vorsichtigen marktwirtschaftlichen Bestrebungen in Europa inklusive **Shareholder Value** werden als „**konservative Revolution**, die den wilden, ursprünglichen Kapitalismus in neuem Gewand wieder aufleben lassen will“ bezeichnet. Statt zu sehen, daß nur eine **Stärkung der Unternehmen** (in **Deutschland haben Unternehmen weltweit die niedrigste Eigenkapital- und Umsatzrentabilität!**) zu einer **Verbesserung der Arbeitsplatzsituation** führen kann, meinen die Franzosen, daß **Staatsdirigismus** (der erfahrungsgemäß nur zu

Korruption und immer mächtigeren undemokratischen - in der Regel nicht gewählten - Beamtenkadern führt) eine **Lösung des Problems** wäre. Statt zu sehen, daß die **Brüsseler Bürokratie** heute ein **Symbol einer gesichts- und herzlosen Technokratenkaste** („Spiegel“ 50/96, Seite 176) geworden ist, wollen die **Franzosen den Beamtenstaat noch mehr aufblasen**, um damit noch mehr **undemokratische Macht** und noch **mehr wirtschaftliche Probleme in Europa herbeizuführen**.

Man muß sich immer wieder vor Augen halten, daß eine **individuelle Konjunktursteuerung** bei Einführung des Euros in den **südeuropäischen Ländern nicht mehr möglich** ist. Diese Länder können weder durch die **Wechselkurse**, noch mit einem **Rückgang der Zinssätze** oder gar mit **antizyklischer Finanzpolitik** (Schuldenerhöhung) einer Depression der eigenen Konjunktur ausweichen. Natürlich wird man trotzdem versuchen, **die Gesetze des Stabilitätspakts** zu umgehen und die **Verschuldung erhöhen**. Diesmal nicht nur durch Manipulation der Neuverschuldung, sondern auch durch ein **künstliches Heraufrechnen des Bruttoinlandsprodukts**, da damit die Schulden bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt nicht mehr so hoch aussehen. Dem jetzigen Betrug beim Errechnen der Neuverschuldung wird in Kürze der **Betrug bei der Errechnung (künstlicher Vergrößerung) der Bruttoinlandsprodukte** in diesen Ländern folgen. Man hat allen Ernstes in Südeuropa überlegt, ob man die Prostitution mit ins Bruttoinlandsprodukt nehmen sollte. Trotzdem dürften höhere Neuverschuldungen wahrscheinlich nicht ausreichen, die **kommende Depression in diesen Ländern** aufzufangen. Man kann sich vorstellen, daß radikale politische linke Marktsteuerungsideen (wie z.B. in Frankreich beschrieben) dann sofort wieder Oberwasser bekommen.

Europa am Scheideweg: Mehr Staatseinfluß oder mehr Marktwirtschaft

Europa steht heute am **Scheideweg**, die **Probleme** entweder **marktwirtschaftlich zu lösen** (kräftige Senkung der Ausgaben der Staaten über Kürzung des Wohlfahrtsstaats, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte), oder man wird versuchen, durch noch **mehr Staatseinfluß** und noch mehr **Subventionen** „Arbeitsplätze zu sichern“. Die **letzte** Entwicklung ist in der Wirtschaftsgeschichte bisher ohne jede Ausnahme **immer in einer Wirtschaftskatastrophe** geendet. Trotzdem ist es **zunächst der leichtere Weg**, und sollte es wirklich zu einer Einführung des Euros kommen, ist damit zu rechnen, daß „**zusätzlich Bürokratie und Technokratie in Europa verstärkt werden**“ (so Professor Hankel am 29.12.1996 in der „Welt am Sonntag“). Mit der **Einführung des Euros oder Nichteinführung** steht Europa also am **wichtigsten Scheideweg der Nachkriegszeit**. Aus diesem Grunde versuchen auch die **Engländer**, aus der **Europa-Einheitswährung herauszubleiben**. Die Aufwertung des Pfundes als Fluchtwährung macht es den Briten natürlich nicht leichter, bei dieser Entscheidung zu bleiben. Die **Japaner** haben bereits **ange-**

deutet, daß sie bei einem ähnlich hohen Pfund wie heute oder einem Nichteintritt der Briten in die Währungsunion in Zukunft nicht in Großbritannien investieren würden (so ein Toyota-Sprecher).

Des Weiteren versucht man, den Briten Angst zu machen, das Finanzzentrum London würde nach Frankfurt verlegt. Damit will man die Briten zwingen, sich der Währungsunion im Hinblick auf die Finanzmarktsituation anzuschließen. Es spricht aber Bände, daß die erste Euro-Anleihe auf 1 Mrd. Euro, die im Januar 1997 aufgelegt wurde, in London und nicht in Frankfurt oder einem anderen kontinental-europäischen Börsenplatz plazierte wurde. Ob Euro oder nicht, London dürfte weiterhin das Finanzzentrum Europas bleiben. Setzen die Briten weiterhin ihre marktwirtschaftliche Grundeinstellung durch, so dürfte Großbritannien auch zukünftig unabhängig von kurzfristigen Währungsschwankungen Hauptinvestitionsland der Ausländer in Europa bleiben. Es ist durchaus damit zu rechnen, daß sich die Briten weiterhin gegen eine Währungsunion entscheiden.

Zu welchen extremen destabilisierenden Entwicklungen wird eine mögliche Euro-Einführung 1997/98 an den Finanzmärkten führen?

Zunächst einmal wird die britische Wahl (Mai 1997) das nächste Datum für den Euro setzen. Wahrscheinlich ist mit einem Wahlsieg - zum ersten Mal seit 18 Jahren - der britischen Labour-Partei (sogenannte „New Labour“ unter Tony Blair) zu rechnen. Eine Labour-Regierung gilt als europafreundlicher als die zerstrittene konservative Regierung (Margret Thatcher, der Großbritannien seinen heutigen Wirtschaftsaufschwung und Erhöhung des Lebensstandards allein zu verdanken hat, ist übrigens eine hundertprozentige Gegnerin des Euros). Da die Labour-Party mit rund 17% Stimmen Mehrheit deutlich in den Umfragen vor den Konservativen liegt, ist es möglich, daß die Konservativen ihre bisher uneinheitliche Haltung (Euro-Befürworter und Euro-Skeptiker) doch noch in letzter Sekunde in Euro-Gegnerschaft radikal umändern. Dies wäre opportun, da etwa 70% der Briten gegen die Einführung eines Euros sind. Aber auch bei einem Labour-Sieg hat Tony Blair versprochen, daß er eine Volksbefragung über die Einführung des Euros durchführen wird. Da mit Sicherheit ein britisches Votum gegen den Euro zu erwarten ist, könnte dies ernsthafte Bedenken gegen den Euro in der Öffentlichkeit auch in Frankreich und Deutschland herbeiführen. Einmal könnten die Deutschen demokratisch „erwachen“ und ebenfalls eine Volksabstimmung verlangen, andererseits könnten die Franzosen bei dann noch schlechterer Konjunktur noch mehr begreifen, wie negativ die wirtschaftlichen Auswirkungen eines Euros für Frankreich sind und vor allen Dingen werden dürften. Auch in Frankreich könnte die Stimmung gegen den Euro umschlagen. Besonders in Deutschland dürfte der Widerstand gegen den Euro 1997 erheblich wachsen, was schwerpunktmäßig in der CDU dazu führen dürfte, daß man erkennt, daß mit einer Pro-Euro-Einstellung die Wahl 1998 im Herbst nicht zu gewinnen sein wird. Schon in letzter Zeit ist der Stimmenvorsprung der Union völlig geschwunden. Ende Januar gab es zum ersten Mal nach Umfragen eine Rot/Grün-Mehrheit unter den Wählern.

Hinzu kommt, daß Außenminister Kinkel mit Bemerkungen wie, die DM wäre „Dorfgeld“, das Mißtrauen der Deutschen gegen Politiker und Euro-Währung noch gestärkt hat. Es liegt nicht nur eine Disqualifizierung der Leistung der Bundesbank und der Deutschen in dieser Bemerkung, sondern sie ist sachlich völlig falsch. Die DM ist nach dem Dollar die zweitgrößte Reservewährung der Welt. 14% der Währungsreserven entfallen weltweit auf die DM. Das ist ein Prozentsatz weit vor dem Yen und dem britischen Pfund. Aber nicht nur ausländische Zentralbanken, sondern auch zahlreiche Anleger rund um die Welt haben ihr Vertrauen in eine stabile Währung (in die DM) gesetzt. Festverzinsliche Papiere in DM dürften etwa in einer Größenordnung von 600 Mrd. DM in ausländischer Hand liegen, etwa ein Drittel dieser Summe zusätzlich in deutschen Aktien. Währungsreserven der ausländischen Zentralbank in DM, deutsche Anleihen in ausländischer Hand sowie deutsche Aktien in ausländischer Hand machen also zusammen weit mehr als 1.000 Mrd. DM aus. Wenn diese Summe durch ein verspieltes Vertrauen in die DM in Bewegung gerät, kann man sich vorstellen, welche katastrophal-

len Folgen eine Kapitalflucht ausländischer Anleger (von der **Kapitalflucht deutscher Anleger - 4.600 Mrd. DM Geldvermögen - vor dem Euro** gar nicht zu sprechen) **auslösen** würde. Leider hat die Bundesbank dem Trommelfeuer inländischer und ausländischer Bundesbank-Gegner nicht ganz standhalten können. Bereits im Herbst letzten Jahres „erwartete“ Bundesbank-Präsident Tietmeyer wiederholt, daß der „Dollar gegenüber der DM steigen würde“. Ein solches „**Weichreden**“ der DM hat es in der **Nachkriegszeit noch nie gegeben**, wie sich schon im letzten Jahr das „Wall Street Journal“ wunderte. Die bisherigen Schwankungen in den Währungen in der Nachkriegszeit dürften ein Sommerlüftchen gegenüber jenem **Herbststurm** sein, der sich an den Welt-Währungsmärkten entwickeln würde, wenn mit der augenblicklichen Politik der Abwertungsstrategie eines kommenden Euros bzw. der DM weitergemacht wird.

In allen wirtschaftlichen Gesetzen kann man den sogenannten „**Lag**“, also eine Zeitverzögerung, feststellen. Nie reagieren die **Anleger** sofort auf eine Entwicklung, sondern **immer erst mit mehr oder minder großer Zeitverzögerung**. Sollte es aber wirklich zu einer radikalen Umorientierung ausländischer und inländischer Anleger in Sachen Vertrauen in die DM kommen, so dürfte es in Deutschland **Währungsschwankungen** primär gegen den Dollar geben, die für die **Industrie keineswegs erfreulich** sein werden (vor allen Dingen dann, wenn es eine früher oder später **unvermeidliche Gegenbewegung** geben würde). Hinzu käme die ganz erhebliche **Verteuerung der Importpreise** und der **Rohstoffimporte**. Unternehmen, die **im Verkauf mit festen Preisen kalkulieren** und dann unerwartet viel für Rohstoffeinfuhren bezahlen müssen, dürften in **erhebliche Schwierigkeiten** kommen. Hinzu käme, daß die Inflationsrate (z.B. wegen steigender Benzinpreise) erheblich anziehen würde. Ein **Mißtrauen der Ausländer** in die DM würde aber nicht nur zu Verkäufen der DM, sondern zu **Verkäufen von deutschen Rentenpapieren** führen (bei **Aktien** könnte man zumindest bei den Exporttiteln mit einem Ausgleich der Abwertung rechnen). Das dann als Folge der Rentenverkäufe steigende Zinsniveau dürfte im Vorfeld eines möglichen Euros für **weitere Unruhe, Wirtschaftsabschwächung in Zentraleuropa** und **weiterer Baisse am deutschen Immobilienmarkt** führen. Ganz gleich, ob der **Euro kommt** und damit Südeuropa in eine Depression à la 1929/32 gestürzt wird, oder ob der Euro **in letzter Sekunde verschoben** wird (und es vorher noch erhebliche Währungsschwankungen geben wird), **Instabilität** ist für die **Industrie in jedem Falle Gift**. Es ist unverständlich, wieso der **Bundesaußenminister nicht daran interessiert ist, die DM stabil zu halten**, sondern sie mit einem **Ausdruck, wie „Dorfwährung“, abqualifiziert** und damit die **Flucht aus der DM noch anheizt**. **Kinkel** kann eher wegen seines **nicht gegebenen Marktgespürs als „Dorfpolitiker“** bezeichnet werden. Als Kinkel kürzlich die **Britten aufforderte**, endlich mehr Europegeist zu zeigen, sich der Währungsunion anzuschließen und auch andere Europagesetze (z.B. Abschaffung des britischen flexiblen Arbeitsrechts) forderte, kam es in der britischen Presse zu einem Aufschrei über die **deutsche Bevormundung**, der in den letzten Jahren noch nie beobachtet werden konnte. Die **Emotionen gegen die Deutschen** werden also schon jetzt durch **völlig fehlplazierte Bemerkungen** deutscher Politiker - zuletzt von Herrn Kinkel - angeheizt. In seiner Neujahrsansprache drängte der deutsche Außenminister die Briten zu einer „**Schicksalsentscheidung**“ für Europa. Mit dem Schicksal sowie Besserwisseri sollte man etwas vorsichtiger sein. Die Briten haben Angst, daß sie - so die Kommentare nach der Kinkel-Rede - von den „**bossy Germans**“ in eine ungesunde wirtschaftliche Entwicklung gedrängt werden. Es ist schon paradox, wenn Deutschlands **Außenminister** zu einem Zeitpunkt, wo **die Deutschen fast doppelt so viele Arbeitslose** haben und eine „**englische Krankheit**“ zur „**deutschen Krankheit**“ („Newsweek“) wird, ausgerechnet die erfolgreichen **liberalen Briten bevormundend belehren** will (vergl. „Herald Tribune“, 31.12.1996, Seite 1 und 5). In die gleiche Richtung gehen die Belehrungen eines **französischen Präsidenten Chirac**, der den marktwirtschaftlich orientierten Ländern Europas - also im wesentlichen Großbritannien - weismachen will, daß es einen „**dritten Weg**“ für Europa gäbe zwischen dem angelsächsischen Kapitalismus und dem Sozialismus. Es gibt aber nur **die harte Wahl zwischen einem marktwirtschaftlich ausgerichteten Europa** und einem **staatsinterventionistischen Europa**. Der sogenannte „**dritte Weg**“ führt - so z.B. die Meinung des tschechischen Premierministers **Vaclav Klaus** - nur an eine Stelle: „Der **,dritte Weg‘ ist der schnellste Weg in die Dritte Welt**“!

Wie sehr **Europa** auf dem **falschen Weg** ist, zeigt ganz einfach die **Rentenpolitik**. Die **Rentenpolitik** führt in eine Sackgasse und ist **äußerst ungerecht** gegenüber der **heutigen arbeitenden Generation** und vor allen Dingen der **jungen Generation**. Die Rentenmisere hat deutlich gemacht, **wie unseriös und verantwortungslos europäische Wirtschaftspolitiker** gehandelt haben. Die **Renteneinzahlungen** der deutschen Bevölkerung bis zum **heutigen Zeitpunkt** machen einen **kapitalisierten Wert von, wie bereits erwähnt, 10.500 Mrd. DM** aus. Die Tatsache ist aber, daß **das gesamte Geld, das eingezahlt worden ist, nicht mehr vorhanden** ist. Die Gelder sind zum Teil **artfremd ausgegeben** und **nicht angelegt** worden. Hätte man die **Einzahlungen jedes Arbeitnehmers angelegt**, so würde selbst ein **Arbeitnehmer, der nur ca. 500 DM im Monat durchschnittlich an Abgaben** in seinem Arbeitsleben bezahlt hätte, bei Eintritt in das Pensionsalter (schon mit 60 Jahren, nicht mit den jetzt angestrebten 68 Jahren Pensionseintritt) eine Vermögenssumme von **1 bis 2 Mio. DM sein eigennennen** können. In **Singapur** funktioniert das Rentensystem auf diese Art und Weise. Hätte ein Angestellter sein Gehalt **als Honorar** wie ein Selbständiger erhalten und davon 50 bis 50 Jahre ca. 500 DM einbezahlt, so wäre er heute Millionär und könnte **bequem von den Zinsen leben**, und die **Volkswirtschaft würde über angespartes Kapital, das wachstumsfördernd wäre, verfügen**. Hätte der Sparer seine 500 DM pro Monat **in Aktienfonds angelegt**, wo durchschnittlich 12% verdient wurden, besäße er **über 4 Mio. DM an Vermögen**. Dank der Verantwortungslosigkeit der Politiker (versicherungsfremde Leistungen bis zu Kurenmißbrauch) hat der Arbeitnehmer außer einer sinkenden, gefährdeten Rente nichts. 10.500 Mrd. DM Pensionsansprüchen kann der **Staat keine Aktiva** (nur über 2.000 Mrd. DM Schulden - seit 1990 mehr als verdoppelt!) gegenüberstellen.

In anderen Ländern hat man wenigstens einen „**Julius-Turm**“ **an Reserven** angelegt, um zukünftigen Belastungen entsprechen zu können. Tatsächlich muß in **Deutschland** in jedem Jahr eine **hohe zweistellige Milliardensumme dem Rentensystem zugeführt** werden, um auch nur heute die Zahlungen aufrechtzuerhalten. Bezeichnenderweise wurde ein Artikel über die kontinentaleuropäische Rentenproblematik in der „Financial Times“ vom 28. Januar 1997 begonnen mit Ausführungen über unseriöse Kapitalanlagegesellschaften am grauen Kapitalmarkt, **die Schneeballsysteme - pyramid-financed** - anbieten. Solche Angebote sind natürlich am Kapitalmarkt illegal und führen zu Gefängnisstrafen der Anbieter. Die Politiker dagegen kommen ungeschoren davon. Verschlimmert wird das Ganze noch durch die **Bevölkerungspyramide**, also die Tatsache, daß den **Babyboomern der 60er Jahre** mit ihren vielen Kindern eine **Generation folgt, die kaum noch Kinderbekam**. In den USA standen z.B. 1950 **16 Arbeitnehmern 1 Rentner** gegenüber, heute ist es eine Situation 4,2 : 1. In Italien ist jetzt schon ein Verhältnis von rund **1 : 1** gegeben. in **Großbritannien** ist das Verhältnis **2,7 : 1** (in Deutschland etwas darunter). Hinzu kommt, daß die **Lebenserwartung ständig steigt** und die **Renten** deswegen entsprechend länger gezahlt werden müssen. In **Italien** müßten die **Rentenbeiträge im nächsten Jahrtausend laut „Financial Times“ auf 68% der Löhne** steigen, um **Staatszuschüsse** für das Rentensystem zu vermeiden. Aber auch in **Deutschland und Frankreich** müßten die Beiträge ganz erheblich steigen. In **Deutschland** müßte schon heute (mit steigender Tendenz) das **Beitragsvolumen um 35% erhöht** werden, um einen **dauerhaften Ausgleich** zu schaffen („sustainable contribution“). In Großbritannien liegen die **Beiträge dagegen nur bei 6,2%** und brauchen auch wegen entsprechender Vorsorgen in Zukunft nicht erhöht zu werden. Der **Anteil der Staatspensionen an den Gehältern** liegt in **Großbritannien** bereits heute **nur bei 18%** mit **Absenkungstendenz auf 11% im nächsten Jahrtausend**. **Deutschland gönnt sich knapp 50%, Frankreich sogar 60%** der letzten Löhne und Gehälter. **Italien nahezu ebenso viel**. Man kann sich vorstellen, daß die Probleme in Italien und Frankreich noch wesentlich größer werden als im schon schlecht abgesicherten Deutschland. Die Zahlenbeispiele machen deutlich, wie **verantwortungslos die Bürokratenpolitiker bisher schon gehandelt haben (keine Begünstigung der privaten Vorsorge, z.B. beim Aktiensparen)**, und daß die von **den Arbeitnehmern eingezahlten Beiträge praktisch verloren** sind. Vorsorgebeiträge wie in den USA oder Großbritannien sind nicht gegeben. Des weiteren kann man sich vorstellen, daß **die Deutschen bei einer europäischen Sozialunion im Zuge der Währungsunion ihren Beitrag für die überzogenen Sozialsysteme in Italien und Frankreich zahlen** müssen.

Ein weiteres Problem:

Die Südeuropäer sind jetzt **ähnlich begierig auf den der DM vergleichbaren (so scheint es ihnen jedenfalls) Euro** wie die ostdeutschen, tatsächlich werden sie die gleiche Massenarbeitslosigkeit **erleben wie in den neuen Bundesländern**. Nachdem Frankreich schon heute von teilweise militanten Streiks geschüttelt wird (man will ein Pensionsalter von 55 Jahren - noch mehr Probleme für das bankrotte französische Rentensystem! - und die 32-Stunden-Woche durchsetzen), kann man sich vorstellen, was in Frankreich passiert (oder in Italien und Spanien), wenn die Arbeitslosenquoten noch einmal massiv steigen.

Zusammenfassung:

Es ist ein ehrlicher Umgang mit den anstehenden Problemen notwendig Man hat den Eindruck, daß die Politiker heute nirgendwo mehr in Europa die Kraft haben (besonders nicht in Deutschland und Frankreich), **den Wählern die Wahrheit zu sagen**. Obwohl die Wähler wissen, daß sie nicht richtig informiert werden, fahren die Politiker fort, **falsche Versprechungen** zu machen. Die Gewerkschaften gaukeln den Bürgern vor, daß man mit einem „**Bündnis für Arbeit**“ Arbeitsplätze schaffen könnte. Würde man die Unternehmen z.B. **zwangsverpflichten** (wie im ursprünglichen Ansatz geplant), **350.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen**, so kann man sicher sein, daß die entsprechenden Unternehmen zum Teil bei entsprechenden Zwangseinstellungen auf die Dauer konkurs gehen würden und die **Arbeitslosenzahl danach um so größer** ist. Es gibt einfach **kein „Recht auf Arbeit“** und **keine Methode**, mit der man **von heute auf morgen** „Arbeitsplätze schaffen“ kann. Man kann lediglich die **Rahmenbedingungen für eine bessere Konjunktur schaffen** (weniger Staat, weniger Steuern, weniger Wohlfahrtsstaat, mehr Selbstverantwortung und Marktwirtschaft), danach entwickelt sich der **Arbeitsmarkt ganz von selbst in Richtung Vollbeschäftigung**. Die USA und Großbritannien haben dies deutlich gemacht. Gerade diese Länder **denken** aber - genauso wie Schweden und Dänemark - **nicht daran, beim Euro mitzumachen**. Deutschland ist also drauf und dran, **sich einem Club der Kranken anzuschließen** die DM mit **Währungen zu verwässern, wo die Staatsverschuldung teilweise 100% über der deutschen liegt** bzw. die „Rezepte“ dieser kranken Länder zu übernehmen, statt sich an bewährten **marktwirtschaftlichen Prinzipien eines Ludwig Erhard der Nachkriegszeit** zu orientieren. Hier kommt man wieder zu dem Schluß, daß das **gesamte Euro-Problem** bzw. **das Problem des richtigen wirtschaftlichen Weges** in Europa eine Frage des **deutschen Selbstvertrauens** ist. Die Abschaffung der eigenen Währung würde den Deutschen jeden letzten Rest an wirklichem Selbstbewußtsein und Erfolgsgefühl nehmen, das ihnen noch eine wenigstens bisher einigermaßen stabile Struktur gegeben hat. Würde man den Deutschen das **Sinnbild des Nachkriegserfolgs** nehmen, so hätte das größte westeuropäische Volk wahrscheinlich eine **eigene Destabilisierung** zu befürchten, die auch aus diesem Blickwinkel gefährlich für Europa werden dürfte.

Diese ausführlichen Überlegungen haben deutlich gemacht, daß eine **Einführung des Euros** in Europa als wirtschaftliche Maßnahme **keineswegs notwendig** ist und **auf keinen Fall das europäische Hauptproblem**, die schlechte Konjunktur und die **Arbeitslosigkeit**, verbessern würde. Ganz im Gegenteil, das Hauptproblem Arbeitslosigkeit wird sich in Europa wahrscheinlich noch **einmal erheblich vergrößern**. Es besteht **keinerlei dringender Grund** zur Einführung der Europäischen Währungsunion, weder wirtschaftlich, noch politisch. Für den Fall der Einführung des Euros gibt es allerdings **erhebliche** sowohl **wirtschaftliche**, als auch **politische Risiken**, die die Währungsunion zu **einem extrem gefährlichen Unterfangen** machen. Aus Börsianersicht würde man sagen, der **Euro hat ein extrem schlechtes Chance/Risiko-Verhältnis**. Da ist nicht die Ansicht eines Außenseiters (der Verfasser dieses Beitrags war nur einer **der ersten**, die schon vor Jahren vor den Gefahren einer zu frühen Einführung des Euros gewarnt hat), sondern fundierte wissenschaftliche Theorie (**Professor Hankel**) und Praxis (**Roland Berger**).

Das Beste wäre, wenn man **in Deutschland eine Volksbefragung zum Euro** zulassen würde. Dann hätten die Politiker nicht die „Schuld“ am Stopp eines völlig ungesunden und für ganz Europa katastrophalen „Einigungsprozesses“, sondern man würde klar sehen, **daß Ehrlichkeit und Selbstbestimmungsrecht eines Volkes demokratisch zutage treten** würde. Die anderen europäischen Länder könnten dann den deutschen Politikern nicht jene Vorwürfe machen, die sicherlich sofort Feinseligkeit und Vorwürfe über Europa bringen könnten, wenn die Südeuropäer enttäuscht nicht Anfang 1999 ihre maroden Währungen in eine relativ harte Währung umtauschen können. Da die **Engländer in diesem Jahr ebenfalls gegen den Euro stimmen werden (daran gibt es keinen Zweifel)** wird niemand in Europa den Deutschen das gleiche Recht absprechen wollen, das sich die Engländer demokratisch nehmen. Fazit: Es gibt durchaus **einen würdevollen und für Europa verträglichen Weg zum Rückzug aus einer überreilten Währungsunion** und hin zu einem den tatsächlichen Möglichkeiten angepaßten langsamen weiteren Einigungsprozeß in Europa. Solcher Rückzug muß selbstverständlich gut geplant werden.

Am Schluß soll noch hinterfragt werden, wie weit ein **weiterer Einigungsprozeß in Europa** überhaupt - vor allen Dingen politisch - **sinnvoll** ist. Es soll die Frage aufgeworfen werden, ob es nicht sowohl **wirtschaftlich**, als auch **politisch, wesentlich wichtigere Themen in Europa gibt** als die **einseitige Fixierung auf den Euro**. Im Inland müssen in Deutschland Probleme, wie die **Rentenfrage**, als auch die **notwendige Steuerreform**, gelöst werden. Hier sollte das **Hauptaugenmerk der Politiker** liegen. Eine **radikale Einführung der Marktwirtschaft** und ein gerechtes Rentensystem (nicht eine Ausbeutung junger Leute) ist notwendig. Es muß wieder **Gerechtigkeit und Ehrlichkeit in die Systeme zurückkehren**. Man muß sich **von leichten Scheinlösungen** und dem **ständigen Herumdebattieren** (ohne, daß wirkliche Entscheidungen getroffen werden) lösen. Bisher **folgte jeder Diskussion eine neue Wortschöpfung für Probleme, aber nicht der geringste Lösungsansatz**. Entscheidend ist, daß bei einem **Fortschreiten auf dem Maastricht-Weg zum Euro eine Depression und eine Konjunkturkrise à la 1929/32 droht**.

Wirtschaftlich ist es wichtig, den **Herausforderungen der Globalisierung zu begegnen**. Europa muß sehen, daß es z.B. im Bereich der **Technologie hinter den USA und Japan weit abgeschlagen** ist und sich die europäische Situation in jedem Jahr verschlechtert. Dies liegt einerseits an der nicht konsequenten Durchführung der **Marktwirtschaft** in Europa, andererseits aber auch an den Politikern, die nicht die **Voraussetzungen für eine Vereinheitlichung in Europa** im gesunden Sinne (z.B. bei **Strukturen und Normen**) schaffen. Solche Vereinheitlichungen können vom simplen Einheits-Elektrostecker bis zu einheitlichen Software-Kriterien führen. Abgesehen von wenigen, extrem teuren staatlichen **Großförderungsprojekten**, wo am Anfang eine Förderung gegeben werden muß, weil die Kapitalinvestitionen zu groß sind (z.B. Bau **eines deutschen Jumbo-Jets** nach dem Vorbild Boeing 747 oder größer) hat es **keinerlei Sinn, staatliche Subventionen zu geben**, sondern man muß die **Rahmenbedingungen für eine gesunde Marktwirtschaft schaffen**. Dann werden die **Europäer** mit ihrer - **zumindest gegenüber Asien - größeren Kreativität** den Rückstand in der Elektronik und anderen Zukunftsbranchen gegenüber Japan und Asien aufholen können. **Europa ist durchaus fähig**, den Herausforderungen der Globalisierung, die hauptsächlich aus Asien kommt, standzuhalten, wenn **die Politiker die Rahmenbedingungen dazu schaffen** und verkrustete Strukturen (vor allen Dingen am inflexiblen Arbeitsmarkt) beseitigen.

Das **Hauptwirtschaftswachstum in Deutschland** ist in den nächsten Jahren im wesentlichen in Richtung **Osteuropa** möglich. Die **Hälfte des deutschen Exportwachstums** geht nach Osteuropa. Auch hier ist es wichtig, daß die notwendigen marktwirtschaftlichen **Rahmenbedingungen** geschaffen werden. Hier gilt das gleiche für die Voraussetzungen, den Konkurrenzkampf mit den USA und Asien aufzunehmen. Andererseits müssen aber auch die **politischen Voraussetzungen für Osteuropa** stimmen.

Ein tolpatschiger, völlig undiplomatischer Diplomat, wie der deutsche FDP-Außenminister, der die Deutschen mit der Bemerkung, die **DM sei eine „Dorfwährung“** vor den Kopf stößt und gleichzeitig den

Engländern eine Vielfalt von Gründen für Vorwürfe (Projektionen) gegen Deutschland liefert, weil man die Engländer belehren will, wie europäisch sie zu sein haben, ist sicherlich nicht fähig, Deutschland auch in Sachen Osteuropapolitik politisch und wirtschaftlich eine stabile Zukunft zu sichern. Deutschland muß begreifen, daß es **nicht nur eine wirtschaftliche**, sondern auch eine **politische Verantwortung** wahrnehmen muß, die **nicht an europäische Kommissare delegiert werden kann** (mit dem üblichen deutschen „Betroffenheitsgefühl“ aus dem Zweiten Weltkrieg, das den Deutschen jede Eigenverantwortung inklusive Volksabstimmung abspricht), sondern Deutschland muß eine **gesunde Selbstverantwortung lernen, um für Europa nicht am Ende zu einem erheblichen Risiko zu werden**. Wenn man die berechtigten nationalen Interessen der Deutschen (Rudolf Augstein weist z.B. im „Spiegel“ 01/1997, Seite 28 darauf hin) weiterhin mit irgendwelchen Bemerkungen à la Ex-Kanzler Schmidt („Opfer bringen für den Zweiten Weltkrieg“) außer Acht läßt, so wird man wieder das **alte Problem** der Deutschen, die den **Ausländern entweder zu Füßen liegen** (siehe zwei Drittel Finanzierung des Euro-Haushalts und bei Schaffung des Euro dreistellige Milliardenbeträge an DM Transferzahlungen nach Südeuropa), oder den **Ausländern an die Kehle gehen** (gerechter Unmut über Überstrapazierung der deutschen Hilfe und Großzügigkeit - „The Germans to the front“), **heraufbeschwören**.

Die Deutschen haben **durch den Zweiten Weltkrieg viel gelernt** und sind heute eines der ausländerfreundlichsten (wie in „Times“-Statistik aufgezeigt) und demokratischsten Völker der Welt. Es ist wichtig, daß im Interesse der Deutschen und im Interesse Europas **der bisherige flexible Weg fortbeschritten** werden kann **und nicht mit einem Automatismus-Euro ein Ende des bisherigen Prozesses riskiert** wird.

Viele Fachleute gehen davon aus, daß Europa am Ende ist, wenn der Euro ein Flop wird (so der führende deutsche Unternehmensberater **Roland Berger**). Wenn die Einführung des Euro dagegen **verschoben** wird - **Wiedervorlage des Themas im Jahre 2002** (so wörtlich Herr Berger), so kann man in Ruhe und demokratisch einen begonnenen Prozeß fortsetzen, ohne durch einen fatalen Automatismus Fakten zu schaffen, die sich **danach nur schwer rückgängig machen lassen** und die wahrscheinlich **nach Depression und Arbeitslosigkeit** (und dann hoffentlich nicht politischer Radikalisierung) zu einer **Aufkündigung der europäischen Verträge** führen würde.

Eine **Aufschiebung des Euro ist dringend notwendig**, ein mutiges Angehen anderer wirtschaftlicher und politischer Probleme für Deutschland **sogar noch notwendiger und dringender**.

Würden die Politiker den **Euro gegen den Willen der Bevölkerung** fristgerecht zum 01.01.1999 durchdrücken, so würden sie **Europa in mehrfacher Hinsicht spalten**: Zunächst einmal kann jede Währungsunion **nur Teile Europas** umfassen und damit viele Länder Europas - vor allen Dingen **Osteuropa** - **ausgrenzen**, was die **erste deutliche Spaltung Europas** bedeutet. Die **eigentliche Spaltung** würde aber einsetzen, wenn die beschriebenen wirtschaftlichen Probleme der vergrößerten Arbeitslosigkeit in den Ländern der Währungsunion zu **Feindschaft und politischer Radikalisierung** führen würden. Die **Europa-Idee wäre dann für viele Jahrzehnte tot**.

Die historische Erfahrung zeigt, daß in keinem Fall eine Währungsunion zwischen größeren Ländern **Erfolg** hatte, **wenn nicht eine politische Union** vorausging. Der **Vergleich** mit der **heutigen wirtschaftlichen Schlagkraft der USA** (gewissermaßen Währungsunion aus 50 Staaten), der von **Kohl** gerne als **Argument für den Euro** gebracht wird, ist in **vielerlei Richtung falsch**. Einmal gab es in den USA zuerst eine echte **politische Union**. Weiterhin besteht zwischen den amerikanischen Staaten eine **wirtschaftliche, politische und kulturelle Homogenität**, die in Europa in keiner Weise gegeben ist. Unflexible Strukturen mit starken **wirtschaftlichen und kulturellen Unterschieden**, wie in Europa, gibt es schon deshalb in den USA nicht, weil dort jeder fünfte Einwohner pro Jahr in einen anderen Staat umzieht. Letztlich einigten sich die Amerikaner bei ihrer Staatsgründung auf eine **einheitliche Sprache**, was die Flexibilität eines Landes erheblich erhöht. Eine einheitliche Sprache ist in Europa noch nicht einmal

von den Politikern geplant (übrigens am Rande: Die Amerikaner hätten sich bei ihrer Staatsgründung fast für die deutsche Sprache entschlossen, da der Vorsprung der Befürworter der englischen Sprache nur ganz wenige Stimmen betrug, weil man nicht die Sprache des ehemaligen Kolonialherrn übernehmen wollte). Fazit:

Der **Euro-Spuk** hat **keine Chance auf wirtschaftlichen und politischen Erfolg**, beinhaltet aber **erhebliche Risiken** bzw. aus Börsiansicht ein Abenteuer mit **extrem schlechtem Chance/Risiko-Verhältnis**.

Hinweis: Dieses Dokument gibt die Meinung des Verfassers wieder. Richtigkeit und Inhalte wurden nicht unabhängig überprüft. Entsprechend kann keine ausdrückliche oder stillschweigende Zusicherung bzw. Gewährleistung für die Ausgewogenheit, Vollständigkeit oder Richtigkeit der in diesem Dokument enthaltenen Informationen und Meinungen abgegeben werden. Weder die Finanzwoche GmbH, noch irgend eine andere Person übernimmt daher eine Haftung für Verluste irgendeiner Art, die im Zusammenhang mit der Verwendung dieses Dokuments, eines Inhalts oder sonstwie in Verbindung hiermit entstehen könnten.